

HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALRAT DER FDJ
NR. 47 • 10. JANUAR 2009 • 1,- EURO

FANFARE



DAS INFOBLATT DER
FREIEN DEUTSCHEN JUGEND



Kriegsvorbereitung 3.0

Macht doch Eure Krise allein!

Es ist nicht die Forderung der Arbeiter nach mehr Lohn oder der Jugendlichen nach mehr und besseren Ausbildungsstellen, die weltweit Dutzende Automobilfabriken stilllegt. Die den Metallarbeiter in Hamburg genauso entlässt wie den Bankangestellten in London.

Die Bergwerke in Südafrika schließt oder die Werften in Polen. Die die Rente des kalifornischen Lehrers frisst wie die Ersparnisse der japanischen Verkäuferin. Die Plantagen und Getreidefelder rodet, als hätte man sie nie bepflanzt.

Die Fabriken stilllegt, als hätte man sie nie gebaut. Die Arbeiter auf die Straße wirft, als wären sie nutzlos.

Es ist auch nicht das „mangelnde Vertrauen“ auf den Finanzmärkten, das die „Realwirtschaft“ in die Krise treibt, weil sich irgendwelche Spekulanten verzockt hätten, wie uns hochbezahlte Professoren, Journalisten oder eine Frau Merkel seit wenigen Monaten immer wieder erklären.

Nein, das ist es nicht. Und es ist nichts Einmaliges.

In Abständen von 5-11 Jahren, im Durchschnitt alle achteinhalb Jahre, bricht dieser Irrsinn im Kapitalismus aus. Er bricht aus, nicht weil zu wenig produziert wurde, sondern weil zu viel produziert wurde. Zu wenig für das, was die Arbeiter und Werktätigen weltweit brauchen, aber zu viel für das, was wir zahlen können.

Was die Werktätigen hergestellt haben, können die Werktätigen nicht kaufen.

Ein paar Zahlen aus der BRD und der annektierten DDR:

Vom sogenannten „Volkseinkommen“ der bürgerlichen Statistik in Höhe von 2102 Milliarden Euro im Jahr 2007 eigneten sich die Kapitalisten und ihr Staat 1163 Milliarden Euro an, den Arbeitern und Angestellten blieben 939 Milliarden. Und mit diesen 939 Milliarden sollen sie letzten Endes das ganze Produkt dieser Wirtschaft kaufen oder das, was nicht in andere Länder exportiert wird, und damit den Kapitalisten zu ihren

Milliarden verhelfen? Unmöglich.

Abgesehen davon, dass in den 939 Milliarden der bürgerlichen Statistik auch das Gehalt eines Herrn Ackermann, seines Zeichens Vorstandschef der Deutschen Bank, enthalten ist. Das reale Einkommen der Werktätigen in diesem Land ist also wesentlich geringer, als die bürgerliche Statistik uns glauben machen will.

Was die Werktätigen hergestellt haben, können die Werktätigen nicht kaufen.

Dagegen ist kein Kraut gewachsen, solange den Kapitalisten die Fabriken und Banken gehören. Solange nur produziert wird, was Profit verspricht und nicht, um die wachsenden Bedürfnisse der Werktätigen zu erfüllen.

B. Traven beschreibt das, was wir heute erleben und noch auf uns zukommt, in seinem Roman „Die weiße Rose“ von 1929 so:

„Es ist ebensoviel Kohle auf Erden wie vorher. Alles Geld ist noch da, und es ist kein Cent vom Erdball heruntergefallen in das Weltall, aus dem er nicht mehr gefischt werden kann. Alle Häuser stehen noch da. Alle Wälder. Alle Wasserfälle. Alle Ozeane. Die Eisenbahnen und Schiffe sind noch alle unversehrt. Und Hunderttausende gesunder und kräftiger Menschen sind willig zu arbeiten und zu produzieren und den vorhandenen Reichtum der Erde zu vermehren. Kein Ingenieur hat die Fähigkeit verloren, neue Maschinen zu konstruieren. Kein Kohleschacht ist von einer Naturgewalt verschüttet worden. Die Sonne steht leuchtend und warm am Himmel wie immer. Es regnet wie immer. Das Getreide steht auf den Feldern und reift wie immer. Die Baumwollfelder stehen in Pracht. Nichts hat sich am vorhandenen Wert irdischen Reichtums geändert. Die Menschen, als Einheit gesehen, sind ebenso reich wie gestern. Und nur darum, und allein nur darum, weil sich der Besitz einzelner zu verändern und verschieben droht, darum bricht eine Katastrophe für die gesamte Menschheit herein.“

Wäre das Problem nicht einfach zu lösen,

indem die Kapitalisten ihren Arbeitern soviel Lohn und Gehalt zahlen, dass die Werktätigen kaufen können, was sie produzieren, dass z.B. nicht 10 Millionen von den fast 60 Millionen Pkws und LKWs, die weltweit jährlich produziert werden, nutzlos auf die Halden gestellt werden und vor sich hinrostet, dass das Soja auf den Feldern Brasiliens nicht verfault und der Mais Mexikos nicht als Sprit in den Autos, sondern als Essen auf dem Teller der Werktätigen Mexikos landet?

Damit wäre doch dem Arbeiter genützt, dem Kapitalisten nicht geschadet und die Krise verhindert. Aber es ist zum Verzweifeln:

Warum funktioniert das nicht?

Würde der Arbeiter alles an Lohn ausgezahlt bekommen, was er während seiner Arbeitszeit an Wert produziert, woher sollte dann der Profit des Kapitalisten kommen? Der Kapitalist würde aufhören Kapitalist zu sein, er müsste anfangen, selbst zu arbeiten um zu leben.

Der Arbeiter bekommt im Kapitalismus maximal soviel Lohn, wie es gesellschaftlich im Durchschnitt an Wert braucht, um seine Arbeitskraft wiederherzustellen, heißt was er an Lebensmitteln, Wohnung, Kleidung, Verkehrsmittel, Ausbildung usw. braucht.

Die Produktivkräfte sind dabei heute hierzulande soweit entwickelt, dass der Arbeiter in einer Fabrik in der BRD maximal 1/6 einer Arbeitsstunde braucht, um den Gegenwert dessen zu produzieren, was er zu seinem Lebensunterhalt benötigt. 5/6 der Stunde arbeitet er unbezahlt für den Kapitalisten.

Das ist der Profit des Kapitalisten. Würde der Kapitalist aus purer Nächstenliebe dem Arbeiter alles ausbezahlen, was er in der ganzen Stunde an Wert produziert hat, dann wäre er die längste Zeit Kapitalist gewesen.

Es ist also gerade die Voraussetzung im Kapitalismus, dass der Arbeiter nie alles kaufen kann, was er produziert. Mehr als die volle Bezahlung des zur Wiederherstellung seiner Arbeitskraft notwendigen Lohnes wird der Arbeiter im Kapitalismus nicht rausholen.

Wenn das so ist,

Warum haben wir dann nicht eine Dauerkrise?

Kapitalisten, die die letzte Krise überlebt haben, beginnen, neue, bessere Maschinen zu kaufen, um mehr und billiger als die Konkurrenz produzieren zu können. Es wird begonnen die Produktion erst mal der Produktionsmittel, heißt Maschinen, LKWs etc. zu steigern, Arbeiter einzustellen, die wiederum Lebensmittel, Kleidung, Wohnraum nachfragen und bezahlen. Dann kann die Produktion auch von Konsumgütern wieder steigen. Aber da die Kapitalisten frei sind zu produzieren, was sie wollen, plant niemand, was wirklich gebraucht wird.

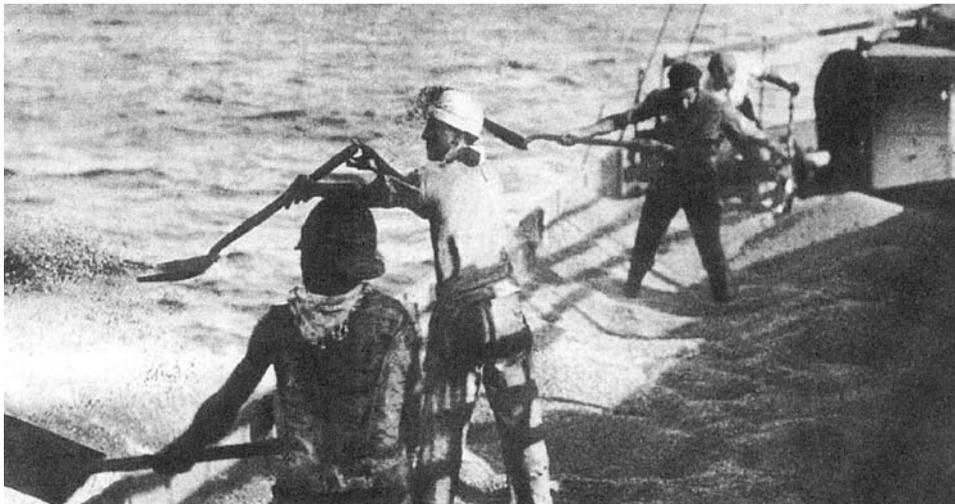
Und nach einiger Zeit stellt sich wieder von neuem heraus, dass wieder zu viel Konsumgüter produziert wurden, für das, was die Werktätigen sich kaufen können. Nicht für das, wofür sie Verwendung hätten. Wieder sind die Maschinen in Betrieb, die Rohstoff- und Betriebsmittellager gefüllt, kein Kapitalist kann sich mehr neue Maschinen anschaffen, Konsumgüter kann sich niemand mehr leisten. Und eine neue Krise beginnt ihr Vernichtungswerk. Ein Vernichtungswerk, was im Kapitalismus eben geradezu notwendig ist, um das zu regulieren, was im Vorfeld planlos drauflos produziert wurde.

Und nach jeder Krise erklären die Vertreter der Kapitalisten erneut, jetzt wäre alles gut und eine Krise wie die vorangegangene gäbe es nicht wieder.

1928

stellte die kommunistische Jugendinternationale (KJI) in ihrem Programm fest:

„In ihrem Bestreben, die Krise zu überwinden, die Stabilisierung des Kapitalismus herbeizuführen und alle Kosten der Zerstörungen des Weltkrieges auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen, verschärft die Bourgeoisie die Ausbeutung der Arbeiterschaft und besonders ihrer Jugend. In zahllosen Angriffen sucht sie deren Lage und Lebenshaltung auf ein lange nicht mehr gekanntes tiefes Niveau herabzudrücken.“



*Überproduktion im letzten Jahrhundert:
Vernichtung von Kaffee, um den Preis zu halten*

Diese Einschätzung bestätigte sich in der folgenden Krise eindrucklich:

In der Weltwirtschaftskrise von 1929-1933 sank die Produktion in Deutschland auf die Hälfte des Vorkrisenstands, ebenso wie der Durchschnittslohn der Industriearbeiter.

Die Angriffe auf die Rechte und Lage der Arbeiter erfolgte dabei ab dem Beginn der Krise immer stärker z.B. durch Notverordnungen unter dem Reichskanzler Brüning und endete mit der offenen terroristischen Diktatur der Hitlerfaschisten zur Niederhaltung der Arbeiter und zur Vorbereitung des Krieges gegen die Völker anderer Länder.

Heute

können wir feststellen: Es ist barbarisch, aber Tatsache: Der 2. Weltkrieg legte so viele Fabriken in Schutt und Asche, zerbombte so viele Häuser und Wohnungen, vernichtete so viele Ernten und Lebensmittel, dass der Kapitalismus in dem ihm verbleibenden Teil der Welt sich auf Jahrzehnte wiederherstellen konnte. Dieser Krieg war das bislang größte Krisenrettungs- und -verhinderungsprogramm, indem er die angehäufte Überproduktion aus zwanzig Jahren kapitalistische Erholung nach dem ersten imperialistischen Weltkrieg zerstörte.

Doch bereits Ende der 70er Jahre hatte der Krieg seine Schuldigkeit getan und seither verschärfen sich die Krisen und damit auch die Konkurrenz der Imperialisten untereinander.

Daran änderte auch die vorläufige Niederlage des Sozialismus 1989/1990 nichts.

Nicht eine einzige zyklische Krise des Kapitalismus hat die vorläufige Niederlage des Sozialismus verhindert.

Im Gegenteil: Für die Länder der ehemaligen sozialistischen Staaten brachte sie nur eine ungeheure Zerstörung: So sank die Industrieproduktion in diesen Ländern seit 1989 um über die Hälfte und entsprechend stieg die Verelendung der Massen der Bevölkerung.

Es hilft alles nichts,

welche „Rettungspakete“ uns die Monopole oder ihre Vertreter jetzt auch immer als neuesten Weg aus der Krise weismachen wollen. Diese Lehre können wir aus den letzten 150 Jahren des Kapitalismus ziehen.

Aber ist es nicht wenigstens richtig, heute in der BRD für die Verstaatlichung der Betriebe zu sein, schließlich fordern das doch auch die?

Nein. Denn welcher Fortschritt in der gesellschaftlichen Kontrolle und Durchführung der Produktion kann in der gegenwärtigen Situation damit erreicht werden, wenn heute ein Betrieb in einem imperialistischen Staat wie



*Überproduktion im diesem
Jahrhundert:
Eine ordinäre Autohalde*

der BRD verstaatlicht wird? In einem Staat, der gegen das eigene Volk umgebaut und militarisiert wird und der sich auf die Niederschlagen von Revolten und Arbeiteraufständen vorbereitet? In einem Staat, der für neue große Kriege rüstet und dem Volk dazu Dutzende von Milliarden Euro der Kaufkraft des Volkes entzieht? Ein Staat, der keine sechs Milliarden für Krankenhäuser hat und der dem Erwerbslosen vorrechnen lässt, wie er mit 132 Euro im Monat leben kann, der aber in einer Nacht 35 Milliarden Euro zur Rettung einer mittleren Bank spendiert?

Nein. In dieser Situation bedeutet eine „Verstaatlichung“ oder „Staatsgarantien“ nichts Anderes, als dass das Volk ein weiteres Mal für die Krise zahlen darf.

In der gegenwärtigen Situation in diesem Ruf nach Verstaatlichung mit einzustimmen, wäre nichts Anderes als der Ruf nach dem Schulterchluss mit dem größten Feind, den Monopolherren im eigenen Land, mit dem Verursacher von Krise, Krieg und Elend.

Genauso ist auch die Forderung von Merkel in ihrer Neujahrsansprache zu verstehen, dass jetzt alle zusammenstehen müssten, um die Krise zu meistern, dann würde Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgehen: Hier wird der Boden bereitet für Nationalismus und Chauvinismus, die gebraucht werden für die Kriegsvorbereitung und die schon geschürt werden durch die Schlachtrufe gegen die ausländischen „Heuschrecken“ und die „gierigen Wallstreetbanker“.

Warum sollten die Herren der deutschen Banken sich in der Krise auch selbst der Gier anklagen? Sie verschweigen lieber, dass sie derzeit die größten Geldverleiher weltweit sind, mit weitem Abstand vor den US-amerikanischen, britischen und französischen Banken. (Preliminary International Banking Statistics second quarter, 2008) Lieber macht man weltweit Jagd auf Piraten und Terroristen, die einem nicht einmal den 1000. Teil dessen streitig machen, was unsere Herren der Banken selbst allein mit dem Zins für die Kredite aus den Völkern der Welt herausgepresst haben. Und so ganz nebenbei bringt man sich in Stellung gegen die Konkurrenz der anderen Imperialisten.

Nein, noch Tausende Rettungsprogramme der Monopole und ihrer Regierung werden uns nicht retten, sondern uns, wenn wir alles kampfflos hinnehmen, nur immer näher zum großen Krieg der Räuber untereinander treiben. Zum imperialistischen Krieg um die Neuaufteilung der Welt, um Märkte und Kapitalanlagemöglichkeiten.

Krieg und Leichen als letzte Hoffnung der Reichen.

Eins wird uns die Krise gründlich lehren:

„Unter der Herrschaft des Kapitalismus ist eine durchgreifende Verbesserung der Lage der Arbeiterjugend unmöglich. Ja im Zeitabschnitt des Verfalls des Kapitalismus, in dem die Bourgeoisie bestrebt ist, das Lebensniveau des Proletariats und seiner Jugend so tief wie möglich herabzudrücken, bekämpft sie mit allen Kräften auch den kleinsten Versuch seiner Hebung. Die Niedergangsepoche des Imperialismus bringt eine gewaltige Verschlechterung der Lage der Arbeiterjugend. Daher kann die Arbeiterjugend nur mit dem Siege des Proletariats eine durchgreifende Veränderung ihrer Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse erwarten.“ (KJI 1928)

Bei jeder Forderung, die wir heute zu stellen haben und um die wir zu kämpfen haben, weil sie ein aktuelles, unaufschiebbares Lebensbedürfnis der Massen betrifft, egal ob sie mit der kapitalistischen Profitwirtschaft vereinbar ist oder nicht, werden wir sehen: Dieses System hat keine Zukunft.

Die Krise zeigt deutlich: Den tiefsten Widerspruch im Kapitalismus, den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und der privaten Aneignung der Resultate. Sie zeigt: Es geht nicht im Kapitalismus. Weiter kommen wir nur, wenn sich die Gesellschaft als Ganzes der Produktionsmittel bemächtigt und sie nicht wie derzeit anarchisch, sondern nach Plan, nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen einsetzt. Was also ist der Ausweg? In der Krise selbst steckt die Antwort und der Beweis: Die neue Welt der Arbeiter ist nicht nur nötig, sondern auch

möglich. Um es für die BRD und die annektierte DDR noch einmal praktisch zu machen:

Inzwischen erzielen die wichtigsten Industrie- und „Dienstleistungs“-unternehmen der BRD 66 Prozent ihrer Umsätze im Ausland, die eigentlichen Industrieunternehmen bis zu 71%. (Handelsblatt, 5.11.2008).

Wie nahe herangerückt ist die Überflusgesellschaft, wenn die Produktion von 40 Millionen Erwerbstätigen in einem imperialistischen Land wie der BRD groß genug ist, um mehr als die Hälfte davon aus dem Land zu schaffen!? Wie könnte das Leben des Volks in diesem Land aussehen, wenn dieser relative Überschuss tatsächlich zur planmäßigen Hebung des ökonomischen wie kulturellen Lebensstandards im eigenen Land und zur internationalistischen Hilfe für den Aufbau einer ebensolchen planmäßigen Ökonomie in anderen Ländern verwandt würde?! Mit den Kapitalisten, die nur der Profit treibt, ist das natürlich nicht zu machen. Hier schaut der Sozialismus bereits zum Fenster herein.

1989/1990 war eine schwere Niederlage für den Sozialismus. Damit sie eine vorübergehende bleibt, haben wir nichts Anderes zu tun als aufzustehen und von vorne anzufangen zu kämpfen. Dort, wo 1917 in Russland begonnen wurde, was in China, Cuba und Vietnam und all den anderen Ländern, auch in einem Teil Deutschlands, der DDR, fortgesetzt wurde, so dass zeitweise bereits über 1/3 der Erde rot und frei von der Ausbeutung der Mehrheit durch eine Minderheit war.

Das ist der einzige dauerhafte Ausweg aus der Krise.

Wudi



Börse - Krise - Krieg
Mit entsprechendem Profit wird Kapital
kühn

Wir drucken Euch folgend einen Auszug aus M. Iljins Buch „Fünf Jahre, die die Welt verändern“.

Der Auszug beschreibt, was dabei herauskommt, wenn man ohne Plan arbeitet, so wie es im Kapitalismus üblich ist.

Wenn ihr wissen wollt, wie eine andere Welt machbar ist, welche Instrumente man braucht und wen man auf dem Weg dahin besiegen muss, dann lest gerne selber weiter.

Bei manchem mögt Ihr vielleicht heute im Zeitalter von mail oder Internet schmunzeln, wenn in dem Buch der Kampf um den Aufbau einer Telefonleitung beschrieben wird. Der da schmunzelt, sollte aber nicht vergessen, dass er selber heute noch in einer Welt lebt, in der es in ganz Schwarzafrika weniger Telefone gibt als in Manhattan.

Vor allem aber solle er eines nicht vergessen: Freilich handelt dieses Buch von Turbinen und Staudämmen, von Telefonen und Mähdreschern. Indem es davon handelt und wie es davon handelt, handelt es gleichzeitig von etwas viel Größerem, nämlich davon, dass die Arbeiter imstand sind, die neue Welt zu erbauen, und wie sie dies tun können.

Was dabei rauskommt, wenn man ohne Plan arbeitet

Eines Tages schwamm Mister Fox in Geld – er besaß eine Million Dollars. Aber das Geld darf nicht nur so im Schrank herumliegen. Mister Fox schaut in die Zeitungen, berät sich mit seinen Freunden, stellt Leute an. Die laufen von früh bis spät durch die Stadt schauen sich um, hören herum. Wie soll man nur das Geld von Mister Fox anlegen?

Schließlich findet man es heraus. Hüte! Das ist was! Hüte gehen wie warme Semmeln. Damit wird man reich. Also los! Und Mister Fox errichtet eine Hutfabrik.

Derselbe Gedanke taucht zu gleichen Zeit auch bei Mister Pox, Mister Crox und Mister Nox auf. Und alle beginnen gleichzeitig, Hutfabriken zu errichten. Bald entsteht eine Reihe neuer Hutfabriken. Die Hutgeschäfte sind bis oben ran voller Hutschachteln. Die Lager fließen von Hüten über. Überall, allorts schreien Schilder, Anzeigen, Plakate: Hüte, Hüte, Hüte! Bald hat man

5 Jahre, die die Welt verändern



Aufnahme vom Fest der Grundsteinlegung des Hochofens Nr 1. in Magnitogorsk – es war ihr eigenes Werke das hier entstehen sollte.

viel mehr Hüte hergestellt als notwendig. Doppelt soviel, dreimal soviel. Und immer noch arbeiten die Fabriken mit Volldampf.

Aber jetzt geschieht etwas, woran weder Mister Fox, noch Mister Nox, noch Mister Crox gedacht haben. Die Leute hören auf, Hüte zu kaufen, sie haben sich eingedeckt. Mister Nox senkt die Preise um 20 Cents, Mister Crox um 40 Cents, Mister Fox verkauft Hüte zu Verlustpreisen, nur um sie loszuwerden. Trotzdem gehen die Geschäfte immer schlechter und schlechter. In allen Zeitungen erscheinen Annoncen:

„Sie haben nur einen Kopf, aber das heißt nicht, dass sie nur einen Hut tragen müssen. Jeder Amerikaner muß mindestens drei Hüte haben. Kauft Fox-Hüte!“

Mister Pox verkauft seine Hüte auf drei Jahre Abzahlung. Mister Nox kündigt einen Ausverkauf an:

Nur einen Tag! Benutzen auch Sie die Gelegenheit!

Aber auch das hilft nichts.

Mister Fox senkt die Löhne der Arbeiter. Um einen Doillar die Woche. Mister Crox um zwei Dollars die Woche. Trotzdem gehen die Geschäfte immer schlechter und schlechter.

Da plötzlich – Stopp! Mister Fox legt seinen Betrieb still. Zweitausend Arbeiter werden entlassen und liegen auf der Straße. Tags drauf stellt Mister Nox seinen Betrieb ein. Innerhalb einer Woche stehen fast alle Hutfabriken still. Zehntausende werden arbeitslos. Die neuen Maschinen verrosteten. Die Fabriken werden auf Abbruch verkauft.

Ein Jahr vergeht, ein zweites. Die Fox-, Nox- und Croxhüte sind aufgetragen. Wieder beginnt man Hüte zu kaufen. Bald sind aber die Vorräte der Hutgeschäfte erschöpft. Aus den hintersten Winkeln holt man verstaubte Hut-

schachteln hervor. Es mangelt an Hüten. Die Preise beginnen zu steigen.

Da fängt nun nicht mehr Mister Fox, sondern ein gewisser Mister Dudel ein einträgliches Geschäft an – er macht eine Hutfabrik auf. Aber derselbe Gedanke taucht auch bei anderen gescheiterten und tüchtigen Leuten auf – bei Mister Bude, Mister Fudel, Mister Nudel. Und Die ganze Geschichte beginnt von neuem.

Wie mit Hüten, geht es auch mit Schuhen, mit Zucker, mit Gußeisen, Petroleum, Kohle. Die Fabriken blähen sich auf wie Seifenblasen, bis sie zerplatzen. Man könnte meinen, die Leute seinen von Sinne.

Fünf Jahre die die Welt verändern. M. Iljin, Erstausgabe 1932 beim Malik Verlag, Berlin.

Neu herausgegeben vom Verlag zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung, Tulbeckstr. 4 80339 München, 2005. ISBN 3-00-016545-2. Ihr könnt das Buch aber einfach auch durch eine mail an fanfare@fdj.de bestellen.

Es reicht!

Nicht erst seit dem griechische Polizei-büttel den 15-jährigen Alexis Grigoropoulos erschossen haben, kämpft ein großer Teil des griechischen Volkes gegen die Maßnahmen ihrer Regierenden.

Es reicht den griechischen Kollegen, dass der Sozialraub aus den Taschen der Arbeiter und Werktätigen durch ein neues Sparprogramm der Regierung weiter anwachsen soll. Es reicht mit den ständig steigenden Lebenshaltungskosten. Es reicht mit einem Mindestlohn, von dem nicht zu leben ist. Es reicht mit dem neuen Rentengesetz, das die Lebensarbeitszeit von 35 auf 37 Jahre und das Renteneintrittsalter von 58 auf 60 erhöht. Und außerdem fordern die griechischen Kollegen: „Keinen Euro den Kapitalisten“. Sie wissen, dass die Milliarden, die die Banken von der Regierung erhalten, nichts als geraubte Arbeitergroschen sind.

Wahrlich gute Gründe für einen Generalstreik der griechischen Kollegen, wie z.B. am 21. Oktober. Über diesen berichtet Gewerkschaftssprecher E. Anestis: „Die Beteiligung ist sehr hoch und überschreitet in vielen Bereichen 90 Prozent des Personals. (...) Das Land ist faktisch zu einem Stillstand gelangt.“ Über die jüngsten Entwicklungen in Griechenland hat das ZK der KP Griechenlands am 9.12.2008 eine Resolution verabschiedet, die wir nachfolgend dokumentieren.

Resolution des ZK der KP Griechenlands am 9.12.2008: Über die jüngsten Entwicklungen und die Kundgebungen anlässlich des Mords an einem 15jährigen Jungen

Das ZK der KP Griechenlands tagte am Dienstag, dem 9. Dezember und erörtere die politische Lage im Land auf der Grundlage der Entwicklungen der letzten Tage und des Massenkampfes der Arbeiter und der Jugend, die gegen den Mord an einem 15jährigen Schüler protestierten und ihren Unwillen über die zunehmenden Probleme des Volkes

zum Ausdruck brachten. Das ZK der KP Griechenlands kam zu folgenden Beobachtungen und Schlussfolgerungen:

1. Das ZK der KKE grüßt die Jugend, die Schüler, die Studenten und die Arbeiter, die vom ersten Augenblick an und bis heute auf den Mord an Alexandros Grigoropoulos mit Massendemonstrationen reagiert haben. Sie enthüllten die politischen Ursachen, die hinter der Hand des Mörders stehen, aber auch die konkrete Verantwortlichkeit der Partei der „Neuen Demokratie“. Die Mobilisierung hatte auch zum Hintergrund die akuten Probleme des Volkes, den Autoritarismus, die staatliche Unterdrückung, den Zorn der Jugend, ihr Leid und die Unsicherheit ihrer Zukunft. Das ZK der KKE ruft auf, die Kämpfe des Volkes und der Jugend fortzuführen und zu verstärken, die in den letzten Monaten stattgefunden haben, und die ausgeweitet werden sollten, um die neuen Angriffe durch die Wirtschaftskrise und den zunehmenden Autoritarismus des Staates zurückzuschlagen. Die KKE unterstreicht: Es darf keinen Aufschub geben für die Aktion und die Mobilisierung des Volkes, für die Organisation und Absicherung der Kämpfe, für die Entwicklung entwickelterer Kampf-formen in einem kollektiven Prozess. Das alles bedarf der Teilnahme des Volkes und des Geistes kämpferischer Verantwortlichkeit. Die Volkskämpfe müssen das ganze Spektrum der herrschenden Politik umfassen: die Ausweitung der staatlichen Unterdrückung und Gewalt, die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Arbeiterklasse, der unteren und mittleren Schichten in Stadt und Land, der Jugend und der Frauen, die verschärften Angriffe auf ihre Rechte. Die Arbeiter müssen die Lage sofort in die Hand nehmen. Die Arbeitsplätze und Fabriken, die industriellen Branchen, die Baustellen, die großen Warenhäuser in den Städten, die Erziehungsstätten und die Nachbarschaften müssen zu lebendigen Kernen

für die Belebung und die Entwicklung der Arbeiter- und Volksbewegung werden.

2. Der kaltblütige Mord an dem 15jährigen Schüler Alexandros Grigoropoulos in der Nacht des Samstags, des 6. Dezember durch Spezialeinheiten der staatlichen Unterdrückungskräfte ist die „Chronik eines angekündigten Todes“. Er wurde verursacht durch die staatliche Gewalt und Unterdrückung. Er ist das Ergebnis einer Politik, die das Volk und die Jugend als ihren Feind ansieht, die kämpfen, die Forderungen stellen, und die die Macht der einheimischen Plutokratie und ihrer Parteien in Frage stellen. Diese Politik wendet sich gegen alle kämpferischen Formen des Kampfes, gegen die Streiks, gegen die Demonstrationen, gegen die Hausbesetzungen. Sie wendet sich gegen alle organisierten und politisch fortgeschrittenen Formen des Kampfes. Diese Politik ist ein Feind der kollektiven Organisiertheit und der Aktion der Arbeiter, der Bauern, der unteren und mittleren Schichten in den Städten, der Jugend. Der Mord an dem Schüler ist die Fortsetzung der polizeilichen Gewalt und Willkür, die in den letzten Jahren zugenommen haben. Sie richtet sich gegen die Arbeiter in den Fabriken, wo Erpressung und Einschüchterung an der Tagesordnung sind, gegen Einwanderer, die Opfer sind von Ausbeutung und Krieg, gegen Studenten und Schüler, die verfolgt werden, weil sie kostenlose Ausbildung verlangen. Es ist das System selbst, das die Opfer der Gesetzlosigkeit und der Gleichgültigkeit erzeugt, die zum Tod von Arbeitern führen.

3. Alle bisherigen Regierungen des Landes, ob „Neue Demokratie“ oder PASOK, tragen schwere Verantwortung. Sie haben die Gesetze vorangetrieben und angewandt, die sie im Parlament verabschiedet haben. Die Antiterrorgesetze der EU, den Vertrag von Prüm (Schengen III), die Legalisierung des Schusswaffengebrauchs durch die Polizei sind zum exzessiven Gebrauch freigegeben. Die Macht der Geheimdienste wird ausgeweitet, Überwachungssysteme werden eingerichtet, und zunehmend werden die Streitkräfte im Inneren eingesetzt. Zusätzlich zur

griechischen Polizei wurde auf kommunaler Ebene ein neuer Apparat eingerichtet. Weitverbreitet werden durch die Polizei Hunde in aller Öffentlichkeit und während Demonstrationen eingesetzt. Mehr und mehr werden private Sicherheitsfirmen mit Waffen ausgerüstet.



*Demonstration in Athen,
Dezember 2008*

4. Der bürgerliche Staat, die Regierung der Neuen Demokratie versuchen, blinde Gewalt durch maskierte und getarnte Personen auszuüben, um die anschwellende Woge des Protests und der Volkskämpfe unter Kontrolle zu bekommen; wir beobachten das hauptsächlich im Fernsehen. Maßnahmen, die Kämpfe zu schützen sind eine Sache der organisierten Volksbewegung, und nicht eine Sache der Polizei und der staatlichen Unterdrückungsapparate. Zusammen mit der KKE und den klassenbewussten Kräften kann das Volk seine Proteste ebenso schützen wie seine Massenbewegung. Es kann sich dem Unterdrückungsstaat ebenso entgegenstellen wie den maskierten und getarnten Personen, die Verbündete und Unterstützer jener Kräfte sind, die dem Volk Angst einjagen wollen und es dazu bringen wollen, seine Kämpfe einzustellen. Der Kern solcher Gruppen wurde in den Nischen des Staatsapparats selbst gebildet, diesseits wie jenseits der griechischen Grenzen, und zwar sowohl unter des PASOK-Regierungen wie unter den Regierungen der Neuen Demokratie. In der Zukunft kann es sein, dass ab einem bestimmten Punkt ihre Schöpfer die Kontrolle über sie verlieren.

5. Wer Nachsicht zeigt gegenüber der blinden Gewalt von maskierten und getarnten Personen, oder wer sie mit den spontanen Taten empörter Schüler und Studenten gleichsetzt, trägt eine

besondere Verantwortung. Mehr noch: Wer den Maskierten über das Köpfchen streichelt, wie es SYRIZA und seine Verbündeten und Propagandisten in den Medien tun, tragen eine ganz besondere Verantwortung. Es ist eine Tatsache, dass SYRIZA Aktionsformen unterstützt, die für die Durchdringung durch den staatlichen Unterdrückungsapparat und andere Agenten anfällig sind. Der politische Standpunkt von SYRIZA ist der des politischen Opportunismus. Um eine Handvoll Stimmen bei den Parlamentswahlen zu bekommen, hätscheln und beschützen sie die getarnten Personen.

6. Das ZK begrüßt die Teilnahme von Zehntausenden Protestierenden, Arbeitern und Jugendlichen an den Demonstrationen, die am Montag, dem 8. Dezember von KKE und KNE organisiert wurden. Während der Vorbereitungen wurde es offenkundig, dass es einen Plan gab, die KKE in einen Konflikt mit den maskierten Leuten und den Unterdrückungskräften zu verwickeln. Die KKE ist nicht in diese Falle getappt. Im Gegenteil: Sie organisierte erfolgreich kämpferische Massenmobilisierung in Athen und in Dutzenden von Städten im ganzen Land. Diese Mobilisierung hat ihr Ziel erreicht, und keiner der Demonstranten wurde verletzt. Es ist unerlässlich, dass diejenigen, die in der Vergangenheit aufgehört haben zu kämpfen wie diejenigen, die sich zum Kampf noch nicht entschlossen haben, sich dem Kampf anschließen. Die organisierte Volksbewegung muss die Sache selbst in die Hand nehmen. Das muss ausgehen von den Fabriken, den Wohngebieten. Man muss die Aktionen zwischen den Gemeinden und Nachbarschaften koordinieren. Wenn Vertreter, die die Arbeiter gewählt haben, ihren Pflichten nicht nachkommen, wenn sie den Kampf der Arbeiter verraten und den Fortgang des Kampfes behindern, müssen die Arbeiter die Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen und Kampfkomitees bilden. Sie sollten sich zusammenschließen und ihre Kräfte über das ganze Land koordinieren und ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Forderungen gegen die Unterdrückungsgesetze vorantreiben.

Die Situation erfordert höchste Aufmerksamkeit angesichts der Möglichkeit vorgezogener Wahlen, damit den Parteien des Zweiparteiensystems ein harter Schlag versetzt wird. Gleichzeitig müssen wir die KKE stärken, denn sie bildet den entschlossensten Teil für die Entwicklung des Klassenkampfes und für die sozialpolitische Front, für den Kampf für den Bruch mit der herrschenden Politik und für ihren Sturz. Das Volk muss der „Neuen Demokratie“ und PASOK in den kommenden Wahlen eine Lektion erteilen. Es muss die Parteien der Zweiparteienallianz und ihre Verbündeten verurteilen, schwächen, hinter sich lassen, alle jene, die das verrottete, ungerechte und korrupte System der Gewalt und der Unterdrückung erhalten wollen. Der erste Schritt dazu ist, die KKE zu stärken und auf allen Gebieten gemeinsam mit ihr zu kämpfen. Die Mitglieder der Partei und der KNE müssen Initiative zeigen, müssen sie mit Entschlossenheit paaren, mit erhöhter Wachsamkeit, Kreativität und Bereitschaft. Wir müssen das Volk aufklären über die Positionen der KKE und über ihre Haltung zu den laufenden Ereignissen. Wir müssen innerhalb der Partei die Debatten vor und im Hinblick auf den 18. Parteitag zu Ende führen, um weiter zur Entwicklung der Kämpfe des Volkes und der Jugend beizutragen.

Das Volk und die Jugend müssen jetzt mit ihrem Kampf und mit ihren Wählerstimmen antworten!

Kampf – Organisation – Wachsamkeit – Bereitschaft

Mit der KKE organisieren wir den Gegenangriff des Volkes und der Jugend

Für eine breite Volksallianz, die einzige Hoffnung und Garantie für eine wirkliche Volksmacht.

Athen, den 9. Dezember 2008

Übersetzt aus dem Englischen durch den Genossen S. Eggerdinger, Ausschuss des ZK für Internationale Beziehungen des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD.

SYRIZA = „Koalition der radikalen Linken“. Bei den Parlamentswahlen 2007 erreichte SYRIZA ein Wahlergebnis von 5,04 % der Stimmen und erlangte 14 Sitze im griechischen Parlament.
– der Übersetzer

Fünf Kreuze und ein Halleluja – Wie der Krieg in einem postsozialistischen Staat eine neue Bourgeoisie „in Aktion“ zeigt und andere Erkenntnisse

Zur Diplomatie

Ein Schmankerl aus der hohen Kunst der Diplomatie zeigt, wie den Medien in Deutschland und Europa die Möglichkeit, Russland in puncto Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens als „bösen Buben“ dastehen zu lassen, in ihren kapitalgetränkten Rachen geworfen wird. „Der französische EU-Vorsitz musste eine Übersetzungspanne bei dem Waffenstillstands-Abkommen für den Kaukasus einräumen. In der russischen Übersetzung lautet der Text in einem zentralen Punkt anders als im französischen Original. Nach Darstellung von Außenminister Kouchner ist im Original des Friedensabkommens von der Sicherheit ‚in‘ den abtrünnigen georgischen Provinzen Südossetien und Abchasien die Rede. In der russischen Übersetzung geht es dagegen um die Sicherheit ‚für‘ die Regionen. Die Formulierung ist entscheidend, da Russland daraus das Recht auf Pufferzonen auf georgischem Territorium vor den jeweiligen Provinzen ableitet.“ (NZZ, 08.09.2008) Die französische Diplomatie scheitert mangels Erfahrung an der richtigen Übersetzung? Oder liegt es gerade an ihrer Erfahrung, solch einen diplomatischen Schachzug durchzuführen? Das Vertrauen Russlands in vom Westen ausgehandelte und unterzeichnete Verträge wird dies nicht gerade stärken.

Zur Neutralität:

„Es geht um eine Region mit gewaltigen Energieressourcen. [...] Ich meine den Schwarzmeerraum und Zentralasien: beides Regionen mit einem enormem Potential für die Zusammenarbeit; beides Regionen, die wir deshalb während unserer Präsidentschaft in den Fokus europäischer Außenpolitik gerückt haben. [...] Das macht uns zu einem Spieler in einer Region, die nicht nur als Energie- und Transportkorridor heftig umworben wird, sondern die auch eine wichtige Brückenfunktion hat: in den Nahen und Mittleren Osten oder hin zum Kaspischen Meer.“ (Rede von Frank-Walter Steinmeier, 04.03.2008 ...)

Die Fakten

Bericht der US-Militärausbilder über den Morgen des 7. August 2008: „Die Soldat saßen auf ihren Rucksäcken und sangen zu den Segnungen eines orthodoxen Priesters, schon bald brachten Busse sie zur Front.“ Ryan Grist, der ehemalige stellvertretende Leiter der OSZE-Mission in Georgien, beobachtete am Nachmittag des 7. August, wie georgische Truppen Raketenwerfer südlich Südossetiens in Stellung brachten. In der Nacht erlebten die OSZE-Beobachter den Raketenbeschuss auf Wohngebiete der südossetischen Hauptstadt – alle 20 Sekunden eine Detonation. Somit ist die Behauptung des Staatsoberhauptes Georgiens und US-Bürgers, Micheil Saakaschwili, dass zuerst Russland georgische Städte bombardiert hat, widerlegt. Dies wurde aber von den westlichen Staaten zunächst nicht anerkannt, weswegen, unter Druck oder nicht, Ryan Grist kurz darauf von seinem Amt zurückgetreten wurde. Bereits am 10. August jedoch musste sich die georgische Armee nach diesem Abenteuer vollständig aus Südossetien zurückziehen und die russische Armee marschierte bis 25 Kilometer vor Tiflis vor. Am 12. August unterzeichneten Russland und Georgien ein Waffenstillstandsabkommen, das wir später noch zu einer Lehrstunde über die herrschende, verlogene Diplomatie nutzen wollen.

Zur Ursache

Die Hauptursache für diesen Krieg ist die Konterrevolution und die Zerstörung der UdSSR. Einerseits entfaltete diese drei Widersprüche, deren jeder für sich schon ein Pulverfass ist: der Widerspruch zwischen den Völkern (nicht Nationen) des Kaukasus, der Widerspruch zwischen ihnen und den „alten Imperialisten“, der Widerspruch zwischen den Imperialisten selbst. Der erste brach diesen Krieg los. Da weder die USA, noch ein Land der EU Georgien den Befehl oder die explizite „Erlaubnis“ gegeben haben will, macht der zweite ihn möglich und der dritte war, wie alle anderen ebenfalls, immer da, doch jetzt entwickelt dieser sich zum eigentlichen Problem, da dort drei verschiedene Parteien der Imperialisten ihre Truppen haben. Russland mit doppelt so vielen Soldaten in den von Russland und Nicaragua anerkannten „Staaten“ Abchasien und Südossetien als vor dem Krieg, die USA mit ihren Militärbeobachtern und nun verstärkt die EU unter Führung Frankreichs und Deutschlands mit ihrer eigenständigen EU-Mission: „EUMM Georgia“. Andererseits fehlte durch die vergesellschaftete Arbeitsteilung der UdSSR (An Baumwoll‘ hat der Norden Not, er schickt dafür nach Süden Brot) die Voraussetzung, einfach in den „normalen Kapitalismus“ zurückzukehren, so dass sich auf Grundlage der Ausbeutung der Arbeitskraft eine einheimische Kapitalistenklasse entwickelt. Dies ist nur in Ausnahmefällen möglich und in Russland am ehesten gediehen. Es entsteht eine „marodierende Bourgeoisie“, die von den schon akkumulierten Reichtümern des Landes lebt, indem sie sie ausbeutet oder an andere Imperialisten verscherbelt, weil sie nicht in der Lage ist, diese aufgebauten Reichtümer für sich zu nutzen. Politisch neigt die neue „marodierende Bourgeoisie“ extrem zu Abenteuerertum und Separatismus.



Micheil Saakaschwili,
georgischer Präsident seit 2004

Interessen

Die sich in diesem Konflikt als „neutral“ darstellende EU wie auch die USA nutzen die in Georgien errichtete, gegen Russland gerichtete, weil von ihr unabhängige Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline (BTC). Mit der Eisenbahnlinie Kars-Achalkalaki-Tiflis-Baku (KATB) soll Georgien, unabhängig von den bestehenden russischen und armenische Transportrouten, zum zentralen Gütertransportverkehrsland von China und Kasachstan nach Europa werden. Somit ist es im Interesse der westlichen Imperialisten, eine ihnen loyale Staatsführung in Georgien als Bollwerk gegen Russland zu installieren, das mit der 2003 stattfindenden konterrevolutionären „Rosenrevolution“ durchgeführt

wurde. Saakaschwili ist seitdem Staatspräsident, zweimal für kurze Zeit unterbrochen. In der Zeit war Nino Burjanadze kommissarisch Staatspräsidentin. Sie ist es auch, die wohl nach dem Willen der westlichen Staaten die Nachfolge von Saakaschwili antreten soll, der aber offiziell bis 2013 im Amt ist. Wenige Wochen nach der georgischen Niederlage reiste sie nach Washington und Berlin. In die Gespräche, die in einen Wechsel an der georgischen Staatsspitze münden könnten, ist auf deutscher Seite die Bertelsmann-Stiftung eingeschaltet. Nachdem sie sich nun 4 Jahre lang an der Regierung beteiligte, nennt sie diese autokratisch, und dass es keine Demokratie gebe in Georgien. Nun hat sie in dem 4,4 Millionen Einwohner zählenden Georgien eine zusätzliche

zu den schon 130 bestehenden Parteien gegründet: „Demokratische Bewegung – Vereintes Georgien“.

„Ohne elementare historische Kenntnisse wird man das Thema, das ich anspreche, nicht verstehen“, schrieb Fidel Castro zu Anfang seiner Reflexion „Der Chinesische Sieg“ vom 30. März 2008. Und der (Trans-)Kaukasus hat auch eine Geschichte, die wichtig ist, in Bezug auf Nationenbildung, Revolution und den Aufbau des Sozialismus sowie den Kampf um den Sozialismus. Der Artikel wird in der nächsten Fanfare zum Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse erscheinen. ...

German

In der letzten Fanfare haben wir ausführlich über das Nein des irischen Volkes gegen den Vertrag von Lissabon berichtet, der im Kern ein deutsch-französisches Militärdiktat unter deutscher Führung gegen die Völker Europas ist. Sein Ziel, ein Militärdiktat über die Völker Europas durch eine Verfassung oder einen Vertrag zu bemänteln, hat der deutsche Imperialismus noch lange nicht aufgegeben. Die Drohungen gegen das irische Volk und andere Gegner des Vertrags wie den tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Klaus nehmen zu. In Irland soll nach dem Willen der Berliner Regierung ein zweites Referendum abgehalten werden. Dazu wird auch über die katholische Kirche Druck auf die irische Regierung mit aufgebaut. Sollte sich die irische Regierung weigern, ein zweites Referendum abzuhalten oder sollte die irische Bevölkerung wieder mit Nein stimmen, wird mit einem Rausschmiss aus der EU gedroht, mit der Variante, dass Irland ja nach dem Inkrafttreten des Vertrages wieder Mitglied werden solle, dass heißt sich ohne Bedingungen dem Vertrag zu unterwerfen habe. Offen wird dabei gelogen, Irlands Neutralität sei durch den Vertrag nicht betroffen. Tatsächlich ist Irlands Neutralität durch die Teilnahme an EU-Mi-

Der Versuch, ein deutsches Militärdiktat gegen die Völker Europas zu errichten, geht weiter

litärprojekten schon heute aufgehoben. Tschechien, das am 1. Januar dieses Jahres die EU-Ratspräsidentschaft angenommen hat, wird unverhohlen mit Schwierigkeiten bei der Führung der EU-Ratspräsidentschaft gedroht, wenn es sich weiter weigern sollte den Vertrag von Lissabon zu unterschreiben. Schon vor Beginn seiner Ratspräsidentschaft wird es als unfähig bezeichnet, diese zu erfüllen. Weil es zu klein und außerdem erst seit kurzem Mitglied der EU sei. Der tschechische Präsident wird dabei von deutschen Politikern und der deutschen Presse als „paranoid“ und „gefährlich“ bezeichnet. Für uns ist das Nein des irischen Volkes, wie auch der Widerstand der anderen Länder gegen den fortlaufenden Versuch des deutschen Imperialismus mit Hilfe des Militärdiktats die Völker Europas noch stärker unter seine Knute zu bekommen, ein stückweit Hoffnung in unserem Kampf gegen unseren Hauptfeind. In einem Kampf, in dem wir

selbst noch zu schwach sind und ihn zu schwach führen.

Hätte das französische Volk am 8. Mai 2005 das Militärdiktat, damals unter dem Deckmantel einer „Verfassung für Europa“ nicht vorläufig gestoppt, dann würde heute das griechische Volk nicht nur gegen die eigene Polizei und deren Büttel kämpfen, die versuchen, den Raub und die Ausplünderung der eigenen Bevölkerung zu Gunsten der Monopole durchzusetzen. Nein.

Die Imperialisten Europas, allen voran die deutschen Monopole, würden bei Bedarf keine Sekunde zögern, Ihre eigenen Schergen zur Wahrung ihrer Interessen, ihres Profits gegen das griechische Volk zu schicken. Schön getarnt und abgesegnet durch eine sogenannte „Verfassung für Europa“.

Nein zum deutschen Militärdiktat gegen die Völker Europas. Wir danken den Völkern Europas, die sich wie zuletzt das irische Volk diesem Militärdiktat entgegenstellen. *Wudi*

Die Bundeswehr nicht mehr nur in der Schule, sondern bereits im Kinderzimmer

Stellungnahme

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik zum Einsatz der Bundeswehr im Inland

Beschlossen auf dem II. Jugendaktivistentreffen am 09.11.08 in Hamburg

Die Bundeswehr wird grundgesetzwidrig im Inland eingesetzt, Geheimdienste und Polizeien arbeiten verfassungswidrig zusammen, das BKA ist zur Geheimpolizei ausgebaut, aus dem Bundesgrenzschutz ist die paramilitärische Bundespolizei geworden, statt des Katastrophenschutzes gibt es einen militärischen Heimatschutz, dessen Kommandos in allen Regierungsebenen stationiert sind und sämtliche Hilfsorganisationen unter ihren Befehl zwingen, die Erwerbslosen sind entrechtet und die gesamte Bevölkerung wird in Dateien erfasst und beinahe allumfassend überwacht. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft werden militarisiert und auf Krieg vorbereitet. Darum sprechen wir vom Notstand der Republik!

Aktuell ist geplant, den Artikel 35 des Grundgesetzes zu ändern, um dem Inlandseinsatz der Bundeswehr den Anstrich der Legalität zu geben. Der Artikel 35 regelte ursprünglich die Amtshilfe. Bereits 1968 wurde er im Zuge der Notstandsgesetzgebung um die Absätze zwei und drei erweitert, die den Einsatz des BGS und der Streitkräfte zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall möglich machten, jedoch ohne militärische Mittel. Nur und ausschließlich im Falle des Notstandes konnten militärische Mittel eingesetzt werden. Was jetzt passiert, ist, den Notstand zum Alltag zu machen, indem der Artikel 35 um zwei weitere Absätze ergänzt werden soll:

„(4) Reichen zur Abwehr eines besonders schweren Unglücksfalles polizeiliche Mittel nicht aus, kann die Bundesregierung den Einsatz der Streitkräfte mit militärischen Mitteln anordnen.“

„(5) Bei Gefahr im Verzug entscheidet der zuständige Bundesminister.“

Was bedeutet das? Das ist der uneingeschränkte Inlandseinsatz des Militärs, mit allem, was dazu gehört: Schwere Maschinengewehre, Raketen, Sprengkörper, Panzer, Tornados und Kriegsschiffe. Dazu braucht es jetzt keinen Verteidigungsfall, keine Ausrufung des Notstands, ausreichend ist ein juristisch undefinierter Unglücksfall. Und er muss nicht einmal eingetreten sein, da von „Abwehr“ die Rede ist. Der vage Verdacht, dass ein besonders schwerer Unglücksfall eintritt, reicht aus, um die Bundeswehr gegen die Bevölkerung präventiv in Marsch zu setzen, z.B. bei Demonstrationen und Streiks. Darüber soll nicht das Parlament entscheiden, im Zweifelsfall nicht einmal die Bundesregierung, sondern ein einzelner Bundesminister. Das ist ein Ermächtigungsartikel und hat mit bürgerlicher Demokratie nichts mehr zu tun. Das ist Kriegsrecht! Das dürfen wir nicht zulassen:

**Diese Grundgesetzänderung muss verhindert werden!
Nie wieder Soldaten gegen Demokraten!**



Nicht mehr nur Zinnsoldaten, Panzer, Flieger, Hubschrauber, Boote und Kanonen stehen heute in den Kinderzimmern.

Nicht nur Bücher, die von den vergangenen Kriegen erzählen, als die Großväter oder Urgroßväter Russland überfallen hatten.

Nein, Karl, der „Bärenreporter“ der Bundeswehr, berichtet den Kleinsten nicht von vergangenen Kriegen. Sondern von den neuen Kriegen und aus den besetzten Ländern. Wie z.B. aus Afghanistan. Seit mehreren Jahren schon. Zuerst nur den Soldatenkindern. Er zeigt z.B., wie man Feldlager baut. Mit dem beiliegenden Würfelspiel können die Kinder das neue Wissen gleich testen. Oder sie können in einem Kalender die Tage abstreichen, bis ihr „Papa“ wiederkommt. Wenn er wiederkommt. Am Anfang gab es den Karl nur in Buchform. Seit kurzem gibt es ihn mit aktuellen Berichten und mit Videos im Internet. Für alle.

Worüber Karl, der Bärenreporter nicht berichtet: Über den Tod, den die Bundeswehrsoldaten in diese Länder tragen, um die Interessen der deutschen Monopole gegen ihre Konkurrenten weltweit durchzusetzen.

Worüber Karl, der Bärenreporter auch nicht berichtet: Dass die Bundeswehr immer stärker für eine Aufstandsbekämpfung gegen die Bevölkerung im Inland Hilfstruppen rekrutiert und organisiert. Gegen alle, die sich vielleicht eines Tages wehren könnten, gegen andere Länder in den Krieg zu ziehen.

Karl, der Bärenreporter ist übrigens nicht der einzige Bär, der bereits die Kleinsten für die Bundeswehr gewinnen soll. 121.000 Stoffbären in unterschiedlichen Uniformen der Bundeswehr, hat das Bundeswehrsozialwerk die letzten Jahre verkauft.



Karl, das niedliche, spielerische Deutsch-Kriegstreiber-Problem-bärchie zum Ausschneiden und ...

Das neue BKA-Gesetz

Am 18. Dezember hat der Bundestag, am 19. Dezember der Bundesrat dem BKA-Gesetz der Bundesregierung zugestimmt. Seit dem 1.1.2009 kann sich das BKA jetzt nicht nur wie eine Geheimpolizei verhalten, sondern sich dabei auch noch auf Gesetze berufen.

Mit diesem Gesetz wird die für eine bürgerliche Demokratie geltende Unschuldsvermutung gegenüber den Bürgern durch einen Generalverdacht ersetzt.

Künftig darf das BKA auch ohne Anlass, das heißt ohne dass es zu einer Straftat gekommen ist, gegen Personen präventiv ermitteln und gegen diese polizeilich vorgehen.

Die Gesinnungsschnüffelei, das Prinzip einer Geheimen Staatspolizei (Gestapo), ist damit ab dem 1.1. 2009 in diesem Land zum Gesetz geworden. Und dass dieses Gesetz gegen weit mehr gerichtet ist als die gerne behaupteten „islamistischen Terroristen“, dämmert mittlerweile auch bürgerlichen Professoren wie dem Berliner Professor für Staats- und Verwaltungsrecht Martin Kutscha, der in einer Anhörung im Innenausschuss des deutschen Bundestags im September u. a. erklärte, dass „gewerkschaftliche Streikorganisationen, die international abgestimmt werden, darunter fallen könnten“.

Das BKA-Gesetz treibt die weitere Unterordnung der Landeskriminalämter unter das Bundeskriminalamt voran und beseitigt nahezu die letzten Grenzen der Zusammenarbeit zwischen Bundeskriminalamt, Geheimdiensten und Militär in In- und Ausland. Es ist ein weiterer Schritt in der Zentralisierung des Gewaltenapparats der Monopole zur Vorbereitung des Kriegs gegen andere und das eigene Volk.

Wie das BKA bereits in jüngster Vergangenheit immer öfter wie eine Geheimpolizei agiert ist aus einer Pressemitteilung der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (Die Linke) vom November 2008 ersichtlich. In Berlin sind Jugendliche angeklagt, weil sie Bundeswehrfahrzeuge in Brand gesteckt haben sollen. Der Prozess wird ihnen nicht wegen Brandstiftung gemacht, sondern wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung. Die Federführung im Prozess haben das BKA und der Verfassungsschutz.



Aus der Pressemitteilung:

Pressemitteilung: BKA-Beobachter beim Berliner „mg“-Verfahren zurückziehen!
Mi., 26.11.2008

Das Bundeskriminalamt lässt den Prozess vor dem Berliner Kammergericht gegen angebliche Mitglieder einer „militanten Gruppe“ beobachten. Zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage hierzu (16/10982) erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke:

Es besteht der dringende Verdacht, dass das BKA die Gerichtsverhandlung gegen die in Berlin angeklagten Antimilitaristen manipuliert, indem es Zeugen beeinflusst.

Die Bundesregierung bestätigt, dass das BKA eine regelmäßige Prozessbeobachtung durchführt. Diese diene, so heißt es, dem Ziel, „neue im Rahmen der geführten Ermittlungen bisher nicht bekannt gewordene Hinweise unmittelbar aufzunehmen und polizeilich zu bewerten.“

Der springende Punkt ist: Die Entscheidung, ob neue Hinweise auftauchen, und deren polizeiliche Bewertung können nur solche Beamte vornehmen, die mit den Ermittlungen eng vertraut sind. Doch diese Beamte, allen voran die Ermittlungsführerin beim BKA, sind als Zeuginnen und Zeugen zu betrachten. Sie dürfen die Verhandlungen weder selbst beobachten, noch dürfen sie von ihren Kollegen von deren Verlauf unterrichtet werden. Ansonsten wäre der verbotenen Zeugenabsprache Tür und Tor geöffnet.

Dass genau dies beim so genannten „mg-Verfahren“ geschieht, muss aufgrund der Antwort der Bundesregierung befürchtet werden. Es würde sich nahtlos in die bisherige Strategie der Verfolgungsbehörden einreihen, linke Aktivisten als „Terroristen“ zu diffamieren.

Ohnehin ist kein vernünftiger Grund erkennbar, warum das BKA einen Prozess beobachten sollte. Eine solche Aufgabe können die Medien besser besorgen.

Das BKA sollte deswegen sofort seine Prozessbeobachter zurückziehen.

Auch das zeigt uns deutlich: Wir dürfen uns nicht mit kleinen kosmetischen Änderungen am Gesetz zufrieden geben, wie die wenigen Journalisten, Ärzte oder Anwälte, die gegen das BKA-Gesetz waren, weil Onlinedurchsuchungen und die Einschränkung des Zeugnisverweigerungsrecht ihre Geschäftsgrundlage gefährden – wer gibt einem Journalisten schon Informationen, wenn er weiß, dass das BKA sofort mithört und er jederzeit verhaftet werden kann, weil es keinen Informantenschutz mehr gibt.

Nein, damit können wir uns nicht zufrieden geben. Das wird sie nicht hindern, eine neue Gestapo aufzubauen. Das gesamte BKA-Gesetz muss bekämpft werden.

Wudi



„Was tun, wenns brennt?!“ ist ein netter, kleiner, westentaschenförmiger Wegweiser der „Roten Hilfe e.V.“ durch Polizeiverhöre und Polizei-

kontrollen, wie sie politisch aktiven Menschen nur zu oft widerfahren. Darin erfährt man z.B., wie wenig Polizisten mit einem tun dürfen – nach altem bürgerlichem Recht!

Das Deutsche Rote Kreuz legt wieder mal seinen Fahneneid ab – Widerspruch unerwünscht!

Es war einmal, erzählt uns die Homepage des Sanitätsdienstes der Bundeswehr:

Eine Massenkarambolage im Nebel auf der BAB 9 oder ein Großbrand in einem vollbesetzten Fußballstadion sind nur zwei mögliche, nicht unrealistische Szenarien, wie sie jeden Tag passieren können.

Und deshalb:

Adäquat und effektiv auf diese Katastrophen zu reagieren, will gelernt sein. Aus diesem Anlass hat das Sanitätskommando III (SanKdo III) Vertreter des Ministeriums des Innern, des THW und des DRK des Landes Brandenburg am 05. März 2008 in der Sachsen-Anhalt-Kaserne in Weißenfels zu einer Informationsveranstaltung im Katastrophenschutz begrüßt.

Im Namen der:

Zivil-Militärischen Zusammenarbeit Ziel der Veranstaltung war die Unterrichtung über die Fähigkeiten des Sanitätsdienstes mit seiner besonderen Eignung für den zivilen Katastrophenschutz. Unter dem Überbegriff der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) ist der Sanitätsdienst in den Landeskommmandos sowie in den Bezirksverbindungskommmandos mit



Zivilmilitärische Zusammenarbeit ... die Erste: es ist schon ein Kreuz mit Deutschlands Kreuzen

Beauftragten Sanitätsstabsoffizieren Zivil-militärische Zusammenarbeit Gesundheitswesen vertreten. Das Landeskommmando (LKdo) Brandenburg wurde durch den Chef des Stabes des LKdo, Oberstleutnant Dietmar Hermann Henke, vertreten.

Quelle: Homepage des Sanitätsdienstes der Bundeswehr (www.sanitaetsdienst-bundeswehr.de)

Und so ward es, dass im April 2008 das Bundesministerium der Justiz folgendes verlauten ließ:

Rechtssicherheit für das Rote Kreuz Das Bundeskabinett hat heute den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über das Deutsche Rote Kreuz beschlossen. Es schreibt die besondere Stellung des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) sowie des Malteser Hilfsdienstes und der Johanniter-Unfall-Hilfe im Sinne der Genfer Abkommen fest.

„Wir geben dem DRK die Rechtssicherheit, die es für seine erfolgreiche Arbeit braucht – verpflichtet auf die sieben Grundsätze der internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung: Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit, Freiwilligkeit, Einheit und Universalität. Das Gesetz bekräftigt die besondere Rolle des DRK, bestätigt die besondere Stellung des Malteser Hilfsdienstes und der Johanniter-Unfall-Hilfe und gibt ihrem



Zivilmilitärische Zusammenarbeit ... die Zweite: Großübung der Bundeswehr und ihrem DRK Berlin auf einem Truppenübungsplatz Projektname: „Explosiv 2005“ 12. Oktober 2005

Wirken eine solide gesetzliche Basis“, sagte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries.

Zum wesentlichen Inhalt des Gesetzes: Das Gesetz schreibt das Recht des DRK fest, das Zeichen „Rotes Kreuz auf weißem Grund“ und die Bezeichnungen „Rotes Kreuz“ und „Genfer Kreuz“ zu benutzen.

Das Gesetz erklärt das DRK e.V. zur Nationalen Gesellschaft des Roten Kreuzes. Das DRK unterliegt dadurch drei verschiedenen Rechtsordnungen: Dem humanitären Völkerrecht (insbesondere den Genfer Abkommen und ihren Zusatzprotokollen), dem internationalen Rotkreuzrecht (z.B. Statuten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes und der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung) und dem nationalen Recht. Die Anerkennung als Nationale Gesellschaft des Roten Kreuzes hat u.a. zur Folge, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DRK zum Sanitätsdienst der Bundeswehr herangezogen werden können und dann genauso zu schonen und zu schützen sind wie militärisches Sanitätspersonal (Art. 26 des I. Genfer Abkommens).

Die wichtigen Aufgaben des DRK im humanitären Bereich ergeben sich direkt aus den Genfer Abkommen. Das Gesetz stellt die zentralen Funktionen des DRK heraus: Die Unterstützung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr, die Verbreitung von Kenntnissen über das humanitäre Völkerrecht sowie die Unterhaltung eines Auskunftsbüros über besonders geschützte Personen im Konfliktfall und eines Suchdienstes. ...“ Bundesministerium für Justiz, 2. April 2008

Dann folgt ein Gesetzesentwurf, der in zweiter und dritter Lesung im Bundestag am 16.10.2008 verabschiedet wird. Ein neues Gesetz.

Ein Gesetz, das der Bundeswehr nun tatsächlich erlaubt, ziviles Sanitätspersonal des Deutschen Roten Kreuzes zum Auslandseinsatz in Afghanistan zwangsweise zu verpflichten. Zukünftig können Rotkreuz-Sanitäter neben Einsätzen im Inland jetzt auch bei weltweiten Interventionen heran gezogen werden.

Als ein junger Rotkreuz-Sanitäter (Kasten) aus Berlin in einer Email an seine Kollegen auf die akute Gefahr der Militarisation des Roten Kreuzes und auf den Widerspruch zwischen der Instrumentalisierung des DRK für Kriegshandlungen und seinen Idealen hinweist, wird seine Warnung von der Leitung der DRK-Stelle als „Propaganda“ beschimpft, den Empfängern der Mail wird verboten zu antworten. Anscheinend ist eine Diskussion um dieses Thema von Oben unerwünscht.

Hier der Briefwechsel, beginnend mit der Anfrage des Berliner Rot Kreuz Helfers:

„Liebe Rot Kreuz Helferinnen und Helfer, ich denke, diese Botschaft zur deutschen Außenpolitik könnte euch brennend interessieren, denn es kann jeden einzelnen treffen, wenn die Bundeswehr es will. Denn die Bundesregierung hat ein neues Gesetz erlassen, womit jederzeit Menschen von Hilfsorganisation wie auch das DRK für Auslandseinsätze der Bundeswehr von der Bundeswehr rekrutiert werden können. Wie wahrscheinlich das wird ist nie vorhersehbar. Doch gibt es mir persönlich sehr zu denken. Von meinem Standpunkt aus lass ich mir nix von der Bundeswehr befehlen und ziehe mit ihnen erst recht nicht in den Krieg. Erst vor Kurzem gab es schon eine Gesetzesänderung, dass, wenn die Bundeswehr im Inland aktiv ist, wir der Bundeswehr unterstehen. Dieses ist schon ein erster Schritt von Anmaßung gegenüber den Hilfsorganisation gewesen. Wo bleiben hier die Grundsätze des DRK: Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität, Freiwilligkeit, Einheit und Universalität? Ich möchte euch damit nicht verschrecken, aber diese Entwicklung des DRK macht mir Angst.

Die Bundeswehr wird niemals unparteilich, neutral und erst recht nicht für Menschlichkeit in den Krieg ziehen.“

Antwort der Kreisbereitschaftsleitung:
„ich würde Dich doch sehr bitten, davon abzusehen hier irgendwelche „Propaganda“-Mails an die breite Helferöffentlichkeit zu verschicken. Ein Blick in den entsprechenden Gesetzesentwurf und die Begründung zeigt Dir nämlich, dass das Gesetz eigentlich keine Ände-

rung für uns bringt und auch konform mit den Genfer RK-Abkommen ist. Es ist also nicht zu erwarten, dass wir alle morgen mit der Bundeswehr in den Krieg ziehen und unsere Grundsätze über Bord werfen. Dem Artikel 26 des I GA sind wir ja auch schon vorher (also ohne dieses Gesetz) verpflichtet gewesen, und daran ändert das neue Gesetz ja nichts!“

Info der Bereitschaftsleitung:

„Wie ich letzte Woche in Bezug auf die Mail von XXXXXX schon einmal mitteilte, hat keine(r) der Helferinnen und Helfer damit zu rechnen, per Alarm, Einberufung oder Einsatzbefehl in Kri-

sen- bzw. Kriegsgebiete verpflichtet zu werden. In Kurzform formuliert heißt das, dass das DRK Hilfe in Krisensituationen anbieten, zu selbigen jedoch nicht um jeden Preis verpflichtet werden oder gar von staatlicher oder militärischer Seite befehligt werden kann.“

Anscheinend wird die Entwicklung von den leitenden Stellen des DRK vollkommen unterschätzt oder bewusst weggeredet. Den kritischen Rot-Kreuz-Helfern bleibt ein langer Atem zu wünschen, die Front gegen den deutschen Militarismus verläuft von Tag zu Tag mehr durch alle Bereiche des Alltags, der mehr und mehr zum Notstand wird.

Ringo

„Die Bundeswehr klagt seit geraumer Zeit über Engpässe im Sanitätswesen und hat längst begonnen, Zivilisten für Tätigkeiten in Afghanistan anzuwerben. Das neue Gesetz erweitert den zivilen Personalpool, auf den sie Zugriff hat, um zehntausende nichtmilitärische Spezialisten. Es betrifft auch weitere Hilfsdienste und ist in den betroffenen Organisationen noch kaum bekannt. Die Voraussetzungen für ein reibungsloses Funktionieren sind da: Das Deutsche Rote Kreuz und die anderen Hilfsvereinigungen arbeiten schon jetzt nicht nur eng mit staatlichen Stellen zusammen, sondern auch mit der Bundeswehr. ...

Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit hat der Deutsche Bundestag ein Gesetz verabschiedet, das es der Bundeswehr erlaubt, ziviles Sanitätspersonal zwangsweise zur Unterstützung des militärischen Sanitätsdienstes heranzuziehen. Unmittelbar nach der Verlängerung und Ausweitung des Bundeswehr-Mandats für den Afghanistan-Einsatz stimmte das Parlament einem entsprechenden Gesetzesentwurf für das Deutsche Rote Kreuz zu - ohne Debatte und Gegenstimmen: Die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen votierten dafür, die Fraktion Die Linke enthielt sich. ...

Das Gesetz trat unmittelbar am folgenden Tag in Kraft. Es regelt die Beteiligung des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) am Sanitätsdienst der Bundeswehr und bei der Betreuung von Kriegsgefangenen, für die das DRK nun als amtliches Auskunftsbüro fungiert. Partner des Staates Beim DRK heißt es, man sei „sehr froh über die Verabschiedung des Gesetzes“ und begrüße die Neuregelung als „Würdigung unserer nationalen und internationalen Aufgaben im Dienst des Menschen“. [1] Ein Sprecher des Malteser Hilfsdienstes, der - wie die Johanniter-Unfall-Hilfe - ebenfalls von dem Gesetz betroffen ist, erklärt: „Wir freuen uns sehr, dass mit der Gesetzesänderung nicht nur das Deutsche Rote Kreuz, sondern auch freiwillige Hilfsorganisationen als Partner des Staates anerkannt werden.“ [2] Durch die Neuregelung ist das DRK nun offiziell als „Nationale Gesellschaft“ des Internationalen Roten Kreuzes bestätigt. Damit geht formal auch ein Schutz seiner Mitarbeiter einher: Sie sind künftig, heißt es in dem Gesetz, in bewaffneten Konflikten gemäß dem Humanitären Kriegsvölkerrecht „genauso zu schonen und zu schützen wie militärisches Sanitätspersonal“. [3] ...

Von besonderer Bedeutung ist die erste im Gesetz genannte „Aufgabe“ des DRK: „Die Unterstützung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr“. Wegen Mittelkürzungen und Personalabbau ist die Lage im Zentralen Sanitätsdienst der Bundeswehr bereits seit Jahren angespannt. [4] Zudem droht wegen der hohen Belastung von Ärzten und Sanitätern im Auslandseinsatz eine Kündigungswelle: Jobs im zivilen Bereich gewinnen an Attraktivität. [5] ...

Wegen der angespannten Lage hat das Militär schon längst begonnen, Zivilisten für Auslandseinsätze anzuwerben. Für ihre weltweiten Interventionen benötige die Bundeswehr nicht nur Soldaten mit rein militärischer Ausbildung, sondern auch „Fachleute mit besonderen beruflichen Qualifikationen“, hieß es in einem Bericht - „Krankenschwestern, Rettungsassistenten“. Diese habe die Truppe in der zivilen Welt gesucht, gefunden und dann in fünfwöchigen Spezialkursen getrimmt - „eine Art Grundwehrdienst auf die Schnelle“ für Auslandseinsätze etwa in Afghanistan. [7] Mit dem neuen Gesetz erhalten die Militärs nun Zugriff auf zehntausende Sanitäter des DRK, der Malteser und der Johanniter, um ihre Personalengpässe auszugleichen: Das DRK hat inklusive Jugendrotkreuz rund 400.000 aktive Mitglieder, die Johanniter-Unfall-Hilfe etwa 50.000 und der Malteser Hilfsdienst ungefähr 48.000. Dabei kann laut dem neuen Gesetz die „Unterstützung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr“ problemlos erzwungen werden: Die Gesetzesbegründung erläutert, dass sich das DRK „dieser Aufgabe nicht entziehen kann“.

[1] Deutsches Rotes Kreuz Presseinformation 79/08: Bundestag verabschiedet neues Rotkreuz-Gesetz; www.drk.de

[2] Ab jetzt werden Gefangene gemacht; www.heise.de 18.10.2008

[3] Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über das DRK, Deutscher Bundestag Drucksache 16/9396

[4] Gefährdung des Dienstbetriebes im Zentralen Sanitätsdienst der Bundeswehr; Bundestag Drucksache 16/3962

[5] Der Bundeswehr gehen wegen Afghanistan die Soldaten aus; www.heise.de 28.08.2008

[7] Auslandseinsätze der BW: Zivile Fachleute werden eigens dafür geschult; stellensuche-bewerbung.suite101.de

Quelle: www.german-foreign-policy.com

Kriegsvorbereitung 3.0

oder: Warum die BRD nichts mit „Stasi“ zu tun hat



Kriegsvorbereitung 3.0

Permanenter Staatsumbau

Keiner wird bestreiten, dass die herrschenden Kreise hierzulande in dem gleichen Maße, wie sie sich über Armee, Geheimdienst, Polizei der DDR etc. das Maul zerreißen – über ihren zweifellos prächtig aus- und aufgebauten Überwachungsstaat BRD konsequent still schweigen, vertuschen und rechtfertigen.

Sei es der nun auch offiziell bestätigte und in der Praxis längst durchgeführte Einsatz der Bundeswehr im Inneren oder die gegen die Bestimmungen der Alliierten und des Bundesverfassungs-

schutzgesetzes verstoßende Formatierung des BGS zur „Bundespolizei“. Sei es die nicht mehr überschaubare Zerstörung demokratischer Rechte durch die Föderalismusreform, die nichts weiter bringt als die Zentralisierung des Gewaltapparates der BRD bei gleichzeitiger Dezentralisierung der ohnehin schwachen Ausstattung mit demokratischen Rechten in diesem Staat. Sei es die Zusammenarbeit von Polizei, Geheimdiensten und Militär (GTAZ) oder die Führung von „Anti-Terror-“ und „Schülerdateien“. Sei es die Registrierung von vierzig Millionen Menschen über die „Jobcard“ im Zuge der Hartz-Gesetze oder die Zentralisie-

rung der Meldeämter. Sei es geplante „Volkszählungen“, neue Zolldienstfahndungsgesetze oder der Zugriff auf alle Telekommunikationsdaten, Online-durchsuchungen. Sei es die Aufhebung der Unschuldsvermutung, des Bankgeheimnisses oder die Negierung der freien Wahl von Beruf (Einführung der Zwangsarbeit) und Wohnung für Millionen Arbeitslose. Sei es das Versammlungsgesetz nach bayrischem Vorbild, das Gerichtsbeschlüsse für Hausdurchsuchungen überflüssig macht und das Versammlungsrecht de facto abschafft, oder, oder, oder ...

Der Widerspruch, der ein antagonistischer ist

Was von alledem überhaupt an die Öffentlichkeit kommt, interessiert nicht und wird gerechtfertigt, dass sich die Balken biegen. Einst so „demokratisch“ gesinnte „Bürgerrechtsbewegte“ bewegt das ebenso wenig wie Hubertus und andere Knaben. Die deutschen Kapitalisten & Personal machen offensichtlich einen unüberbrückbaren Unterschied zwischen Staat und Staat, zwischen Armee und Armee, zwischen Polizei und Polizei, zwischen Abhören und Abhören. Sie stellen offensichtlich nicht die Frage, OB kontrolliert oder überwacht wird oder nicht – sondern VON WEM. Denn sie wissen nur zu gut um den Unterschied zwischen BND und MfS, zwischen Bundeswehr und NVA, zwischen Bundes- und Volkspolizei. Sie wissen um diesen Widerspruch, der ein antagonistischer ist. So ist nicht nur im Hinblick auf den Staat und seine Organe für die Herren der Chefetage nur die Frage entscheidend: Wem nützt es?

Das Problem ist der deutsche Imperialismus

Die erstaunliche Tatsache, dass sich die ganze Welt genötigt sah, diesen Imperialismus in die Knie zu zwingen, selbst über erbitterte Widersprüche hinweg, gibt Zeugnis von der Größe des Problems. Die staatlichen Organe wie BND, Bundeswehr und andere waren und sind Teilmenge dieses Problems. Sie sind Gründungen in Tradition des deutschen Faschismus.

So wie sich dieses Problem und seine Lösung gegenüber stehen, stehen sich BRD und DDR, stehen BND, Verfassungsschutz & Co. dem Ministerium für Staatssicherheit gegenüber. Allein ein Blick auf die Herkunft der Gründungsmitglieder dieser beiden grundverschiedenen bewaffneten Organe zweier grundverschiedener Staaten zeigt auf, wie unüberbrückbar dieser Widerspruch ist.

In gleicher überwiegender Mehrheit, wie die Mitarbeiter des MfS der ersten Stunde aus dem antifaschistischen Widerstand kamen, wurzelte die Mehrheit der Gründungsmitglieder des BND (der im Juni 1946 aus der ehemaligen Wehrmachtsabteilung „Fremde Heere Ost“ hervorging und dessen Präsident im April 1956 der ehemalige Chef der Ostspionage der Wehrmacht Reinhard Gehlen wurde) im Führungspersonal des deutschen Faschismus. Auch der Verfassungsschutz wurde von Nazis aufgebaut.

Die Lösung des Problems ist nicht automatisch unproblematisch

Die bewaffneten Organe der DDR waren letztlich Schwert und Schild der Verteidigung und Umsetzung des Potsdamer Abkommens. Die Verteidigung der Entnazifizierung in Staatsapparat und Gesellschaft, die Zerschlagung der Rüstungsmonopole, die Vernichtung der deutschen Nazismus mit all seinen Wurzeln.

Ob mit diesem Schwert und Schild, mit dem Andersdenkende zwar nicht enthaupet, aber vielleicht oft drangsaliert und verfolgt wurden, der so verteidigungswerten anderen, weil antifaschistischen Republik auch ein enormer Schaden zugefügt wurde, ist zu klären. Zu klären jedoch sicherlich nicht mit jenem Staat BRD, dessen Armee und dessen Geheimdienste von Nazis aufgebaut wurden.

Die Freiheit zur Kriegsvorbereitung 3.0 ist 18 Jahre alt

Freiheit ist die Anzahl der Möglichkeiten. Hat der Kapitalist die Möglichkeiten, so ist es seine Freiheit, haben wir sie, ist es unsere Freiheit. Sehen wir nach, wer in welchem deutschen Staat



Die antisowjetische, antikommunistische, paranoide Art, die BRD zu kritisieren und zu verharmlosen

die Mehrheit der Möglichkeiten hatte und entscheiden wir.

Die Freiheit der deutschen Kapitalisten, heute besser als jemals zuvor per Gesetz und Gesetzeswidrigkeit, per Zwang und Überwachung, Ausspionierung und Registrierung planen zu können, ist jung. Planen zu können, wer wann und wie im „Ernstfall“ in welche Stelle der Heimatfront gepresst werden kann, um die BRD kampffähig zu halten, wer wie und am besten auszubeuten ist oder weggehaftet werden muss, kontrolliert und mundtot zu machen ist, ist seit genau 18 Jahren ein Geschäft ohne Schranken. Mit dem Wegfall des Korrektivs der bundesdeutschen Machtkonzentrierung in Europa, der DDR, holt die deutsche Beorgeoisie nun ohne Hemmungen aus zum dritten Run auf die Weltherrschaft.

Krieg nach außen bringt Krieg nach Innen. Die totale Militarisierung der Gesellschaft, sei es in Form der militärischen Stützpunkte in fast jeder Gemeinde über die „Heimatschutz“-Filialen (Verbindungskommandos – zivilmilitärische Zusammenarbeit) oder die Unterstellung der zivilen Rettungsdienste wie DRK, DLRG, Johanniter, Malteser, Arbeitersamariterbund, alle Feuerwehren und THW usw. Sind nötiges Hintergrundgeräusch und nachzuschlagen im Geschichtsbuch des deutschen Faschismus.

Demokratie statt Antikommunismus

Wer heute Gleichsetzung und Vergleich wagt, die Organe der DDR mit denen der BRD in eine Nähe bringt, relativiert nicht nur das Problem, er spricht die Verantwortlichen de facto frei. BRD hat nichts mit STASI zu tun, sondern mit dem totalen Bruch des Potsdamer Abkommens in Westdeutschland, mit der NICHT-Umsetzung von Entmilitarisie-

rung, Entnazifizierung, Vernichtung der Rüstungsindustrie und Entmonopolisierung der Wirtschaft im Westen, die Voraussetzung des Zusammenschiebens der staatlichen Organe der BRD sind, die uns heute bedrohen. Ein Ratschlag für jeden, der in diesem Staat um Demokratie ringt, auch für jene, die die DDR hassen.

So fordern wir keine pauschale „Freiheit“ für jeden, denn wir wissen, das Freiheit immer nur Eigentum EINER Klasse ist. Wir legen den Wert auf die eine Ausnahme, die schon Brecht zur Bedingung für die Forderung um Freiheiten setzte:

- „1. Völlige Freiheit des Buches, mit einer Einschränkung.
2. Völlige Freiheit des Theaters, mit einer Einschränkung.
3. Völlige Freiheit der bildenden Kunst, mit einer Einschränkung.
4. Völlige Freiheit der Musik, mit einer Einschränkung.
5. Völlige Freiheit des Films, mit einer Einschränkung.

Die Einschränkung: Keine Freiheit für Schriften und Kunstwerke, welche den Krieg verherrlichen oder als unvermeidbar hinstellen, und für solche, welche den Völkerhaß fördern.

Das große Carthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.“

Bertolt Brecht, Offener Brief an die deutschen Künstler und Schriftsteller, Berlin 26.09.1951

Sofortige Registrierung aller organisierten Faschisten!

(auch die mit VS-Ausweis)

Lückenlose Kontrolle und Überwachung aller nazistischen, rassistischen und antisemitischen Parteien und Vereinigungen!

(und nicht die CSU vergessen)

Verfassungsschutz auflösen, dann klappt es auch mit dem NPD-Verbot!

Demokratie statt Antikommunismus!

[Flugblatt der FDJ Berlin auf diversen Anti-Überwachungsdemos]

Und das war im Oktober ...

Zur DDR-Woche 2008

Fernsehserien haben Hochkonjunktur, die Leute wollen in diesen bewegten Zeiten ein wenig Kontinuität, um sich daran fest zu halten. Sei es die kapitalistische Krise alle 10 bis 5 Jahre oder ein deutscher Krieg pünktlich nach jeder „Wiedervereinigung“ oder auch nur die Enthüllungen über die kriminellen Machenschaften in Sachen Berliner CDU, nach denen man die Uhr stellt. Gerne kommen wir dem nach, und auch auf mehrfachen „Wunsch“ der Berliner Bürgerschaft und des Springer Verlags war es dann wieder soweit: DDR-Woche der FDJ.

Wider besseren Wissens hatte manch einer verdrängt das nach dem Oktober 2007 – vor dem Oktober 2008 ist, so liefen die Vorbereitungen schwer an. Die „DDR-Ausstellung“ und der „BRD-Pranger“ erforderten aufs Neue Platzanmeldungen, Alexanderplatz – Potsdamer Platz – Standard. Diesmal brauchten wir jedoch auf den allseits bekannten brüllenden Antikommunismus des „Straßen- und Grünflächenamtes Mitte“ nicht erst bis zum Ablehnungsbescheid warten, den gab es frei Haus gleich am Telefon: Man hätte sich im letzten Jahr strafbar gemacht, ganze Verkaufsveranstaltungen im Schatten der Ausstellung abgehalten und am Ende noch Mitglieder geworben und überhaupt Ausstellungen, die nicht gegen, sondern für die DDR sind, passen nicht in Welt- und Stadtbild. Da gäbe es jetzt einen Aktenvermerk und das Management des Einkaufstempels auf dem Alex habe auch schon verängstigt angerufen, ob denn wieder diese FDJ was macht ... Für den Potsdamer Platz ließ man sich schnell einfallen, das selbiger leider durch einen „riesigen Trödelmarkt“ belegt sei (wohl der erste Riesentrödelmarkt in Berlin, der eine ganze Woche auf dem Potsdamer Platz stattfand ...) und in Sachen Alexanderplatz kam von Straßen- und Grünflächenbeamten gleich gar keine Ansage mehr. Wie unüberraschend, hatte doch die hiesige Berliner Regenbogen-Presse

2008 in ihren Flächenbombardements gegen die FDJ auf den Titelseiten von Bild, Kurier, BZ usw. angekündigt, Berlin abzusperren für die Staatsfeinde in blau. Da aber im Tiefbauamt Pankow überraschenderweise noch ein paar Ossis sitzen, bekamen wir die Genehmigung für den Garbaty-Platz.

An Stress und Arbeit nicht genug, führten wir dieses Jahr in besagter Oktoberwoche nicht nur die bekannten Ausstellungen zum Thema DDR und BRD durch. Diesmal wollten wir mal wirklich wissen, was hinter den Wohnungstüren Berlins wirklich so von der DDR gehalten wird. Deswegen fragten wir uns ganz kess von Tür zu Tür, wie es denn so mit den DDR-Fahnen ausschaut, die ja schließlich am 7. Oktober vors Fenster gehören, und wie man es grundsätzlich mit Kapitalismus, asozialer Marktwirtschaft und anderen Westpaketen hält. Spannend!

Wenn uns auch am ersten und zweiten Oktober kalt der Monsun erwischte und wir mit den Ausstellungsgerüsten fast weg schwammen, dachten wir keine Sekunde an Abbau. Denn auch wenn



Eine der handvoll roten und DDR-Fahnen im Okt. 2008 in Berlin.
Wie viele werden es 2009 sein?

die Regenwolken nur ein paar Minuten Pause machten, füllte sich der Platz vor den Infotafeln. Als der dritte Oktober kam und mit ihm auch besseres Wetter (der Hitlerjunge ist Papst), bauten wir den BRD-Pranger auf, unsere „beliebte“ Mischung hunderter reaktionärer Zitate bundesdeutscher Größen aus Politik und Zeitgeschehen (von Adenauer bis Bushido) mitten Unter die Linden, einen Steinwurf vom Deutschlandfest entfernt. Mit dem Ergebnis, dass wir die Fußgängerzone Unter den Linden aufgrund der sich aufstauenden Schaulustigen absperreten. Wieder zeigte sich hier, dass es meistens nur noch dumpfe Automatik ist, die die jährlich abnehmende Zahl der Besucher des Deutschlandfestes unters Brandenburger Tor treibt. Das Maß an Zustimmung und auch Schadenfreude im Angesicht der Zitatentafeln sprach Bände.

Das hier fast mitten auf dem „Pariser Platz der Einheit“ die ganze geschichtsrevisionistische, kriegstreiberische, homophobe, rassistische, antisemitische Sippschaft aus bundesdeutscher Kunst, Kultur und Ministerien, Chefetagen der Konzerne und Banken ans Licht gezerrt wurde, verschlug den konservativen Zeitgenossen des Tages die Sprache und trieb dem Ossi auf seinem Weg zur Bratwurst ein freches Grinsen aufs Gesicht, Gemüt. Junge Leute waren interessiert und lassen aufmerksam Zitat für Zitat. Trauben bildeten sich vor dieser und jener Tafel, manchmal hätte manch Genosse auch gerne noch was zum Besten gegeben in der Diskussion, aber die mauligen Herrschaften, die ihr Vaterland gegen die FDJ verteidigten, bekamen ihr Fett schon von den Passanten weg, die die Sache mit den Zitaten einfach Schau fanden. Wenn angepisst wurde, dann nach bekannter Tonart und laut: „Wisst ihr eigentlich, was die Stasi mit mir gemacht hat?“ oder „Denkt mal an die Mauertoten!“, was interessant war, nicht nur, weil unsereiner mit seinen 15 bis 35 Lenzen eher selten bis gar nicht Stasimitglied war, wir für die Toten an der Mauer (zu denen man die 50 Grenzsoldaten der DDR unverständlicherweise selten zählt) nicht schuld sind – sonder auch, weil anscheinend die bloße Zurschaustellung von peinlich reaktionären Zitaten der bundesdeutschen Promis anscheinend vor allem nur einem zuge-

traut wird – Leuten, die irgendwas mit der DDR am Hut haben und als Offizier des MfS für Tote an der Mauer gesorgt haben. Oh bundesdeutsche Demokratie, wie bist du auf den Hund gekommen, da nutzt man schon mal diese Redefreiheit und bekommt eins auf Maul, hm. Aber die Pöbler waren in der Minderheit und waren es nicht nur am Rande der FDJ-Aktion am 3. Oktober 2008 Unter den Linden.

Sondern auch in den Häusern der Karl-Marx-Allee, wo Jungens und Mädchens in blau an Türen und Tore klingelten, klopfen und schellten. Manchmal gab es ein fragendes Gesicht: „Mit der DDR-Fahne geht schon klar, aber wie verflix't ans Fenster bammeln?“ Oder ne nette Antifa-Omi, die die Blauhemden gleich zu Kaffee und Kuchen zerrte. Auch ein Hausmeister war da, der gleich Großbestellungen für den Fahnenstoff mit Hammer, Zirkel, Ehrenkranz anmeldete, sei ja schließlich Ehrensache. Natürlich zeigte mancher einen Vogel, viele machten nicht auf (kein Wunder bei der hiesigen Schwemme von Aufschwätzern für Versicherungen bis Wurzelbürsten). Aber es war eben nicht die feindselige Stimmung gegen die „rote Gefahr aus Moskau“, sondern so eine Art und Weise, in der die DDR einen Teil der Geschichte einnimmt, die man sich nicht schlecht reden lässt. Und das durch alle Alterstufen, eine Studi-WG zum Beispiel nahm lieber den schiefen Hausseggen in Kauf, als die Idee mit der Fahne abzulehnen. So machte gerade die Aktion, vor der mancher Genosse Bammel hatten und schon wütende Mieter vor Augen sahen, die ihn mit Knüppeln die Straße runter treiben – Spaß, wie nur eines Spaß machen kann: Klassenkampf! In München hätte selbige Hausbegehung wohl in einer Polizeiwache ihr baldiges und recht unspassiges Ende genommen. Am 7. Oktober hingen natürlich die Blöcke in Marxens Allee nicht voller roter und DDR-Fahnen, darum ging es eh nur am äußersten Rande. Aber hier und da zeigte der Osten Flagge. Intelligentes Leben in Berlin – wir haben die Beweise auf Fotopapier!

Derweil ging auch auf dem Gabartyplatz die Post ab. Das Wetter hatte sich nun glücklicherweise entschieden, nicht länger Scheiße zu sein. Obwohl dieser kleine Platz alles andere als günstig ist



*Ausstellung zur DDR-Wirtschaft,
Berlin Alexanderplatz, Oktober 2007*

für eine öffentliche Ausstellung, war der Andrang beträchtlich. Immer wieder bildeten sich kleine Schlangen vor den Tafeln und wieder und wieder übergaben wir den Katalog der Ausstellung gegen Spende (von den Spenden hatten wir dann nicht allzu viel, denn Kataloge mussten täglich nachkopiert werden, prima war das). Interessante Diskussionen entspannten sich, manches Gespräch zog sich über eine Stunde hin. Die Leute waren herzlich, die Meisten. Ein Herr um die 25 gab uns die Adresse eines Freundes und Anweisung, dem mal Post von der FDJ zukommen zu lassen, die Dokumentation des Raubs der DDR-Banken, auch die Infos über die „Altkreditregelung“ der Bundesregierung hätten ihm die Augen geöffnet. Eine junge 30jährige Frau mit buntem Kinderwagen kam gleich dreimal nach Verlassen der Ausstellung zurück gerannt, um erstens nen 10ner für unsere „Bildungsarbeit“ zu spenden, zweitens noch eine Broschüre mehr für ihre Mutter und drittens noch drei für ihre Bekannten zu verlangen.

Jedoch herausragend bleibt eine Bekanntschaft, die wir am 3. Oktober machten. Ein älterer Herr, gebürtiger Amerikaner, der im Zuge des Vietnamkrieges vor dem Militärdienst in die DDR flüchtete und diese mit aufbaute, verkündete stolz: „Ich habe gebaut an der Kugel vom Fernsehturm“. Er erzählte uns von seinen Erlebnissen als amerikanischer Soldat im Zuge der Befreiung vom deutschen Faschismus und endete mit den Worten, „so wie ihr das macht, ist richtig“, lobte die Ausstellung sachlich. Na, den Orden hängt man sich gerne an. Ein Theaterwissenschaftler aus dem Westen, der uns ja so

gerne kein Recht gegeben hätte, aber dann ganz nett wurde und noch einen draufsetzte, dass er die Leute hasste, die die Theaterlandschaft der DDR zerstört haben. So blieb er dann über eine Stunde und durchsuchte alle Ausstellungstafeln nach Schwächen in Sachen Rechtschreibung und Ausdruck, „man hilft wo man kann“, sprach und radelte davon. Und eben die vielen kleinen „Gut so!“, „Macht weiter!“, dankbares Nicken oder nur ein Augenzwinkern beim Verlassen der Ausstellung mit Broschüre unterm Arm. Jenes Plaudern und Lästern über die Besatzer, das aus ein paar Minuten eine Stunde wurde.

Die Leute wissen nicht viel über die Annexion, die Leute fragt keiner nach ihrer Meinung über das Debakel, das eigentlich nur noch in Zeitungen und dem Fernsehen „Wiedervereinigung“ genannt wird. Die Leute wollen mehr und Alles wissen über ihre DDR und die DDR ihrer Eltern, die Leute wollen ihre Meinung sagen über diese andere deutsche Republik, ohne sich auch noch für das Tor von Sparwasser entschuldigen zu müssen.

So haben wir auch in dieser Woche nicht wenigen Leuten ein paar Fakten an die Hand gereicht, die ihnen die Würde zurückgeben. Haben nicht wenige nach ihrer Meinung gefragt über den anderen, weil antifaschistischen Staat, haben ein wenig aufgezeigt, aus welchem Stoff diese bundesdeutsche Großmäuligkeit ist. Die Widersprüche werfen die DDR täglich an den Strand, nicht unbemerkt. Eines schwant uns jedoch, zeigt sich am Horizont des neuen Jahres, eine Woche im Oktober 2009, na dann mal los.

Ringö

Interview mit Vera Neumann, Mitglied des Sprecherrates des Ortsverbandes Pankow der GBM

Fanfare: Kannst Du uns kurz erzählen, wie und wann es zur Gründung dieser Organisation kam und welche Aufgaben ihr euch stellt, was ihr erreicht und nicht erreicht habt?

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde wurde am 31. Mai 1991 gegründet, und zwar vorwiegend von Wissenschaftlern, Künstlern und Theologen. Es war eine Reaktion auf den rigiden Verlauf des Einigungsprozesses, in dem die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern Diskriminierung, sowie Einschränkung ihrer Bürger- und Menschenrechte erfuhren.

Die GBM wirkt heute über die neuen Bundesländer hinaus, sie ist eine große linke Menschenrechtsorganisation in Deutschland und hat zunehmend internationale Kontakte. U.a. ist die GBM Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden und des Europäischen Friedensforums. Sie ist Mitglied des Forums Menschenrechte, dem über 40 Menschenrechtsorganisationen angehören. Das zeigt schon, dass eine vielschichtige Arbeit geleistet wird. Zum Abbau von Rentenstrafrecht sind neben individuellen Konsultationen Prozesse bis zum Bundesverfassungsgericht geführt und haben nennenswerte Ergebnisse gebracht. Wichtig sind besonders Initiativen im Rahmen des Europäischen Friedensforums gegen die Rüstungsausgaben und gegen die wachsende Teilnahme Deutschlands an Kriegen. Es gibt noch weitere Arbeitskreise, wie das Alternative Geschichtsforum, der Freundeskreis Kunst aus der DDR u.a. Auf alles hier einzugehen würde zu weit gehen.

In einigen Bezirken wurde euch die Nutzung öffentlicher Räume, wie z.B. in Freizeitstätten untersagt. Ein konservativer Studentenbund forderte sogar jeden positiven Bezug zur DDR zu verbieten. Wie geht ihr mit diesen massiven Angriffen um, gibt es Solidarität?

Diese Problematik hängt zusammen mit der Geschichtsfälschung, die immer

wieder betrieben wird. Im 20. Jahr des Anschlusses werden wir da noch einiges zu erwarten haben. Wir setzen unsere Aktivitäten dagegen sowohl in den 30 Ortsverbänden als auch zentral. Unsere Arbeit ist sicherlich noch nicht breit genug angelegt, aber im Ortsverband sind uns durch die Altersstruktur unserer Mitgliedschaft Grenzen gesetzt.

Was die Nutzung öffentlicher Räume anbelangt, ist es durch intensive Auseinandersetzung in einigen Bezirken wieder möglich dort Konsultationen durchzuführen. Der Bezirk Pankow gehört noch nicht dazu, obwohl es auch hier vielfältige Proteste gibt. Die Bemühungen gehen weiter. Wir wollen wie bisher den Menschen helfen, die komplizierte Gesetzgebung in Rentenfragen zu verstehen und ihre Ansprüche durchzusetzen. Durch Kontakte zu anderen Sozialorganisationen und Einrichtungen haben wir Ausweichmöglichkeiten gefunden.

Die Fanfare berichtet oft über Bilderstürmerei und den Haß auf alles, was auch nur in Nuancen an die DDR erinnert. Der Staat gibt für die Auslöschung der anderen Republik Millionen aus. Wie versucht ihr dieser Geschichtsverdrehung zu begegnen und erreicht ihr damit auch junge Leute?

Wir können nicht Millionen dagegen setzen, um die Wahrheit zu verbreiten, wehren uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Verleumdungen und Verfälschungen ein objektives Bild entgegen zu setzen. Wir führen unsere Mitgliederversammlungen oft zu diesen Themen durch. Sie sind öffentlich und wir versuchen Teilnehmer über unsere Mitglieder hinaus zu erreichen. Zur richtigen Bewertung der Geschichte der DDR trägt der Arbeitskreis Berliner Alternatives Geschichtsforum der GBM bei. Viele Publikationen sind leider nicht weit genug verbreitet, wie die umfassenden Weißbücher. Viele Informationen zur Aufarbeitung der Geschichte bietet auch die 4mal jährlich erscheinende Zeitschrift für soziale Theorie, Menschenrechte und Kultur „Icarus“. Erweitert werden soll die Arbeit durch Diskussionen und Gespräche vor allem mit jungen Menschen. Wir merken aber,

„... Beschimpfungen und Diffamierungen richten sich in Pankow immer mehr auch gegen die GBM. Nachdem uns ein Kino – trotz regelmäßig gezahlter Saalmiete – unsere Veranstaltungen in diesem Raum untersagte, wurde auch die Durchführung von Rentenkonsultationen und anderen Veranstaltungen in bezirkseigenen Räumlichkeiten verboten. Der Protest und die Aussprache mit der zuständigen Pankower Stadtbezirksrätin Lioba Zürn-Kastantowitz führte – vorerst – dazu, dass das Verbot wieder aufgehoben wurde. Danke, Frau Stadtbezirksrätin von der SPD! Aber: Auf ihrer letzten Bezirksverordnetenversammlung vor der Sommerpause beschloss die BVV auf Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP – gegen die Stimmen der Linksfraktion –, der „Gesellschaft für Bürgerrecht“ (der „Schutz“ fehlt. H.G.) „und Menschenwürde keine Räumlichkeiten des Bezirksamtes für Veranstaltungen und andere Aktivitäten zur Verfügung zu stellen“. Die Pankower SPD-Bezirksverordneten stimmten diesem Beschluss zu! Was nun, Frau Stadtbezirksrätin von der SPD?! Man muss sich das – wie in Treptow-Köpenick – einmal vorstellen: Da erdreisten sich Bezirksverordnete, ein vernichtendes Urteil über eine Organisation zu fällen, die auf dem Boden des BRD-Grundgesetzes steht und durch ihre ehrenamtliche – und gemeinnützige – Arbeit hunderten und vielleicht sogar tausenden Menschen Hilfe in ihrem Kampf gegen Behörden- und andere Willkür in diesem „Rechtsstaat“ BRD gegeben hat! Es ist die Frage erlaubt: Will man damit nur die GBM treffen oder alle Organisationen einschließlich der Linkspartei, die für Recht und Menschenwürde, gegen den ständig sich verschlechternden Lebensstandard der armen Menschen, gegen Sozialabbau und immer weiter steigende Preise auf allen Gebieten des Lebens eintreten?“
Heinz Geisler, Mitglied des Sprecherrats des GBM – OV Berlin-Pankow

dass uns durch die altersmäßige Zusammensetzung unserer Mitgliedschaft Grenzen gesetzt sind. Um so mehr wollen wir uns bemühen Jüngere als Mitglieder zu gewinnen.

Was habt ihr in nächster Zeit an Aktionen und Veranstaltungen geplant?

An erster Stelle muß ich hier die Vorbereitung und Durchführung der Europäischen Friedenskonferenz am 14. und 15. März in Berlin nennen. Ihr Motto: Für eine Europäische Friedensordnung. 60 Jahre NATO sind genug! Hier geht es auch darum, die Konferenz finanziell abzusichern und um Spenden zu werben. Im Ortsverband bleibt ein Schwerpunkt die Beratung in Rentenfragen. Es zeigt sich dass sich inhaltlich die Probleme verändern. Es kommen oft Arbeitslose, die vorzeitig in Rente gehen sollen, die aber Kürzungen ihrer Ansprüche hinnehmen müssten. Für viele ist also eine unabhängige Beratung wichtig.

Das Interview führte Ringo

Impressum

Die FANFARE ist das Infoblatt der Freien Deutschen Jugend. Herausgeber ist der FDJ Zentralrat. Quellen- und Bildnachweise auf Anfrage. Sämtliche Artikel geben lediglich die Meinung des Verfassers wieder.

Herausgeber:

FDJ Zentralrat; E.i.S

V.i.S.d.P.: Ringo Ehlert

c/o FDJ Zentralrat

Karl Liebknecht Haus

Weydingerstr 14-16

10178 Berlin

Tel./Fax: 030-24 00 92 11

e-Mail: Fanfare@FDJ.de

Internet: www.FDJ.de

Spendenkonto:

Inhaber: FDJ

Berliner Volksbank

BLZ 100 900 00

Konto Nr.: 55 83 82 20 05

Solidarität mit der GBM

Hände weg von der GBM!

In den letzten Monaten häuften sich die Angriffe auf die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde. Die antikommunistischen Attacken blieben nicht beim Einwerfen von Scheiben der Geschäftsstelle in Berlin oder häufigen Drohungen via Internet. In Sachen Antikommunismus sind sich auch gleich die Herrschaften der bürgerlichen Parteien einig. So stellten SPD, CDU, FDP und B90/Grüne in drei Berliner BVV's Anträge gegen die Nutzung öffentlicher Räume durch die GBM.

Die Rede-, Presse- und all die Anderen jener „Freiheiten“, die uns „Brüder und Schwestern“ vor 19 Jahren überreichten, gelten anscheinend nicht für Organisationen, die die bestehenden elenden deutschen Verhältnisse kritisieren. Obendrein schon gar nicht, wenn sie sich auch noch positiv auf die DDR beziehen – was eben die schärfste Kritik an den katastrophalen Zuständen in der BRD darstellt. Die NPD und ihr brauner Anhang gehört offensichtlich nicht dazu: Das Pack bekommt nicht nur öffentliche Räume für seine Nazi-Treffen, nein, auch die Landtage der BRD sind sich nicht zu fein, Faschisten eine Bühne zu sein.

In die Begründung der Anträge gegen die GBM werden selbst die haarsträubenden „Haltungen“ des „Rings christlich-demokratischer Studenten“ bezüglich des Umgangs mit der DDR aufgenommen. Der RCDS hatte anlässlich des 17. Juni gefordert, dass „die Leugnung der brutalen Freiheitsverweigerung in der DDR – des DDR-Unrechtssystems an sich – ebenso unter Strafe gestellt werden sollte wie die Holocaustleugnung“.

So ist es schon ein Ding, wenn aus gleicher Richtung verkündet wird: „Die BVV distanziert sich von Vereinen, Organisationen und Einrichtungen, die Menschenrechtsverletzungen negieren und die Opfer von Willkür verleumden“. Im selben Atemzug demokratischen Organisationen, die sich um genau jenes bemühen, was von den Tribünen der feinen „Demokraten“ immer verkündet wird, kritische Einmischung, Zivilcourage und Unterstützung der Schwächsten der Gesellschaft, die „Negierung von Menschenrechtsverletzungen“ vorzuwerfen und gleichzeitig die Shoa, das bis dato größte Verbrechen an der Menschheit, zu relativieren – das macht wohl bundesdeutsches Geschichtsverständnis aus. Da machen wir nicht mit, wir kennen nur zu gut den Stoß ins Horn zur Jagd gegen die fortschrittlichen Kräfte in diesem Land. Wir haben ihn gehört, als man Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Christen und Kommunisten in jenen Nächten abholte in die Lager und deutsche Jugendliche im Exil die Freie Deutsche Jugend gegen dieses Nazideutschland gründen mussten.

Die Freie Deutsche Jugend erklärt sich solidarisch mit der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde und all den Anderen, die täglich auf ideelle Scheiterhaufen geschleift werden, weil sie nicht daran denken, sich für die DDR zu entschuldigen und auch nur ein Komma an ihren Anklagen gegen die BRD zu streichen!

Genossen, Freunde der GBM, wir grüßen Euch!

Freundschaft!

Freie Deutsche Jugend – Zentralrat

Naziaufmarsch in München

Am 15.11.2008 marschierten etwa 180 Nazis anlässlich des sogenannten „Volkstrauertags“ durch München. Dabei war ein massives Eingreifen der Polizei gegen bis zu 1000 antifaschistische Demonstranten zu beobachten.

Zum „Heldengedenken“ riefen „Freie Nationalisten“ und NPD auf. Wieder einmal versuchten deutsche Faschisten mit ihren „Gedenkveranstaltungen“ die Verbrechen Deutschlands zu leugnen und den Faschismus zu verklären. Der Aufmarsch wurde zunächst von der Stadt München verboten. Dies wurde so hingestellt, als sei das neue bayerische Versammlungsgesetz ein effektives Mittel zur Verhinderung von Naziaufmärschen – immerhin wurde die Gesetzesänderung mit eben diesem Argument vertreten. Im Vorfeld des 15. November hatte ein breites antifaschistisches Bündnis verschiedener Organisationen unter dem Motto „Nazigedenken demontieren“ zu Demonstrationen aufgerufen. Nach dem scheinbaren Verbot verzichteten vor allem die bürgerlichen Organisationen auf jegliche weitere Mobilisierung. Es kam natürlich, wie es kommen musste: Einen Tag vor dem Naziaufmarsch kippte der bayerische Verwaltungsgerichtshof das Verbot und bewies somit, was uns schon vorher bekannt war: Das neue Versammlungsgesetz ist zur Verhinderung von Naziaufmärschen völlig unwirksam und ist einzig und allein Bestandteil des Notstands der Republik und somit der Maßnahmen der Regierenden gegen die eigene Bevölkerung. Die staatliche Entscheidung, erst am Nachmittag vor dem Naziaufmarsch eben diesen zu erlauben, schwächte das antifaschistische Bündnis massiv, so dass weitaus weniger Gegendemonstranten erschienen, als zu hoffen war. Dass die Regierenden niemals ernsthaft davon ausgingen den Aufmarsch verbieten zu können, wird dadurch belegt, dass nicht nur etwa 1000 Polizisten aus Bayern gegen die Antifaschisten

eingesetzt wurden, sondern Hundertschaften aus dem ganzen Bundesgebiet aufführen – offensichtlich wurden diese einbestellt, bevor der Aufmarsch doch (wieder) erlaubt wurde. Laut Polizeiberichten wurde eine „moderate Linie“ gegen die Demonstranten gefahren, davon war nicht viel zu sehen und über 80 Festnahmen sowie mindestens fünf durch den Polizeieinsatz verletzte Antifaschisten beweisen das Gegenteil.

Der 15.11. begann mit einer friedlichen Kundgebung von mehreren hundert Antifaschisten gegen den Naziaufmarsch am Marienplatz, die Stadt München hatte dazu einmal wieder ihr Transparent mit der Aufschrift „Diese Stadt hat Nazis satt“ ans Rathaus geklebt, doch die Vorgänge nach dem Ende der Kundgebung lassen eher vermuten, dass diese Stadt Antifaschisten satt hat. Obwohl es sich keineswegs um eine unangemeldete Versammlung handelte oder zu Gewalt kam riegelte die Polizei den kompletten Marienplatz ab, um die Antifaschisten an weiteren Aktionen zu hindern. Unmittelbar zum Ende der Kundgebung war es noch möglich die Absperrungen zu überwinden, doch kurz danach kam es unter dem Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray zu fünf Polizeikesseln in der Münchner Innenstadt. Somit wurden über 100 Menschen daran gehindert an weiteren Aktionen gegen die Faschisten teilzunehmen – dies sollte noch Folgen haben.

Unterdessen wurden die Nazis mit der U-Bahn vom Hauptbahnhof zum Goetheplatz gefahren, hierbei gab es wegen des immensen Polizeiaufgebots freilich keine Möglichkeit zu Störaktionen. Währenddessen sperrte die Polizei die Route der Nazis weiträumig ab, legte den Verkehr lahm und zeigte mit willkürlichen Kontrollen den Charakter der staatlichen Repression; so konnte es einem Menschen mit Dreadlocks, der eine Flasche Bier in der Hand trug, geschehen, dass er – nur weil er um eine Straßenecke gebogen war – von drei

Polizisten unter Schlagstockeinsatz nieder geprügelt wurde.

Auch während einer Zwischenkundgebung der Faschisten am Goetheplatz war die Polizei omnipräsent, erst als die Nazis ihren Marsch fortsetzten, war es an einer Kreuzung auf der Sonnenstraße möglich, eine Sitzblockade zu machen. Leider fehlten hier einige hundert Antifaschisten, die von der Polizei noch immer in der Münchener Innenstadt in Kesseln festgehalten wurden. Deshalb gelang es nur eine Seite der Straße zu blockieren. Wegen der anwesenden Prominenz – u.a. Vertreter der Grünen aus dem Stadtrat – konnte sich die Polizei nicht zu einer Räumung durchringen. Zu diesem Zeitpunkt war bereits deutlich, dass sich die Polizei bei mangelnder politischer Prominenz nicht eben zimperlich verhält. Das Fehlen der vielen festsitzenden Antifaschisten sorgte dafür, dass auf der Kreuzung ein einige Meter breiter Streifen noch verfügbar war, über den die Faschisten einfach auf die andere Straßenseite geleitet wurden. Somit bestand die Sitzblockade nicht nur aus zu wenig Menschen, sondern war auch noch ungünstig platziert. Durch ihre schiere Masse konnte die Polizei jede Störaktion beim Umleiten der Faschisten vereiteln.

Danach ergaben sich keine weiteren Gelegenheiten, den Zug der Nazis zu stören, da es vor Polizei nur so wimmelte. So konnte die Abschlusskundgebung der Faschisten Dank massiver Bewachung ungestört ablaufen.

Es lässt sich festhalten, dass es zumindest einige engagierte Versuche gab sich den Nazis entgegen zu stellen, doch diese wurden von der Polizei massiv zunichte gemacht: Laut Berichten soll ein Polizist einen der Antifaschisten zunächst mit den Worten: „Jetzt kommt eure Endlösung!“ bedacht haben, um Sekunden später zuzuschlagen. Insbesondere die kalkulierte Schwächung des antifaschistischen Bündnisses durch Verbot und Erlaubnis des „Heldengedenkens“ dank des neuen Versammlungsgesetzes zeigt, dass der weitere Kampf gegen Faschismus und Krieg – gegen den Notstand der Republik – unerlässlich ist.

Adrian

FDJ-Seminar zur „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ Arbeiterjugend gegen Militarismus und Krieg in der Geschichte und heute

Am Vorabend des 8. Mai, dem 53. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie ist alles andere als ein Fraktionspapier; ausgearbeitet wurde sie im Staatsapparat

selbst. Sie ist eine Strategie für den Krieg und zur Abschaffung des Parlamentarismus. Damit ist sie eine direkte Aufforderung an uns ihre Umsetzung zu verhindern. Dafür gilt es sich zu rüsten. Deswegen haben wir im Dezember die Mitglieder und Freunde der FDJ aufgerufen, zusammenzukommen, damit wir uns ausführlich mit den Auswirkungen und Hintergründen dieser Sicherheitsstrategie befassen können. Mit einer Reihe von Kurzreferaten haben wir uns die

Besonderheiten in der Entwicklung des deutschen Imperialismus angeschaut: Von seiner Entstehung über zwei Weltkriege bis hin zur Annexion der DDR und ihren Auswirkungen, die uns heute an den Rand des 3. Weltkrieg und des Faschismus geführt haben. Die Besonderheit des Seminars bestand darin, dass wir dabei auch die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung im Kampf gegen Faschismus und Krieg mitbehandelt haben, der letztendlich auch die Gründung der FDJ notwendig gemacht hat und ihren Weg bis heute geprägt hat.

Konkret hatten wir uns darüber unterhalten,

- wieso das Deutsche Reich als das größte Militärlager der Welt bezeichnet wurde und wie die gerade entstandene Arbeiterjugendbewegung dagegen kämpfte, indem sie sich organisierte und öffentlich den Militarismus als das darstellte, was es war, die Vorbereitung zum Schlachten. (Dafür setzten wir uns vor allem mit der Schrift „Marx

und Engels über das reaktionäre Preußentum“ auseinander.)

- wie die Demokratie der Weimarer Republik zur faschistischen Diktatur wurde und warum der antifaschistisch-revolutionäre Teil der Arbeiterjugend darauf mit der Gründung der FDJ antwortete.

- worin nach 1945, insbesondere in der militärischen Frage, der Unterschied zwischen den beiden deutschen Staaten bestand.

- wie die militärische Seite der Annexion der DDR aussah und welche Folgen sie für den Umbau der Bundeswehr zur „Armee im Einsatz“ hatte.

- was der Celler Dialog bedeutet, nämlich eine neue Qualität der Zusammenarbeit von Bundeswehr, Industrie und Banken

- wer die „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ ausgearbeitet hat, was sie beinhaltet und wo sie hinführt, nämlich zur Kriegsfähigmachung nach innen und außen

- was unsere Aufgaben im Kampf gegen Krieg und Faschismus heute sind, nämlich zuallererst der Kampf gegen den Militarismus.

Das Seminar dauerte zwei Tage und die Diskussionen gingen bis spät in die Nacht.

Insgesamt haben wir uns klar gemacht, wie gefährlich die Situation im Moment ist, dass das aber noch lange kein Grund ist, zu resignieren, denn wir haben alle Chancen, die dritte Großdeutsche Katastrophe zu verhindern, wenn wir organisiert kämpfen.

„Sozialismus oder Untergang in der Barbarei“ (Rosa Luxemburg)



„Wir FDJler und das Grundgesetz!“

Broschürchen der FDJ Berlin

- Zur besonderen Aggressivität des dt. Imperialismus
- Defizite der bundesdeutschen Demokratie
- Biographien von „Grundgesetz-Vätern“
- Kritik des Grundgesetz-Textes

bestellbar: berlin@FDJ.de

Abonnement.

Ich abonniere hiermit die Fanfare für vier Ausgaben zum Preis von 5 Euro (Förder-Abonnement: 15 Euro). Den Betrag habe ich () in Briefmarken bzw. Banknoten beigelegt.

() auf das Konto

Nr.: 55 83 82 20 05

bei der Berliner Volksbank

BLZ 100 900 00 überwiesen.

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

Karl Liebknecht

„Militarismus und Antimilitarismus“

Kleine Schriftenreihe der FDJ München
Nr. 7



Hübsche FDJ-Broschüre mit einem wichtigen Text von Karl Liebknecht bitte bestellen!

Wir dokumentieren aus aktuellen Dokumenten der VVN/BdA: NS-Kriegsverbrecher statt deren Kritiker anklagen – Solidarität mit der VVN-BdA und ihrem Bundessprecher Ulrich Sander

Die bewegenden Zeugenaussage des einzigen Überlebenden eines NS-Kriegsverbrechens an der italienischen Zivilbevölkerung 1944 in Falzano di Cortona vor der Strafkammer des Landgerichts München am 7. Oktober 2008 war eine Gelegenheit, die verbrecherische Vergangenheit der faschistischen Wehrmacht und ihrer Gebirgstruppe authentisch nacherleben zu können.¹

Vor Gericht steht der Kompaniechef des Gebirgsjägerbataillons, Josef Scheungraber, der für das abscheuliche Verbrechen verantwortlich gemacht wird und dafür bereits im September 2006 vom Militärgerichtshof in La Spezia in Abwesenheit zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde. Weil Deutsche zur Vollstreckung des italienischen Urteils nicht ohne ihre Zustimmung ausgeliefert werden, läuft der Mörder frei herum. Das Verfahren dauert noch an.

Der Traditionsverband eben jener Gebirgstruppe, in der der NS-Kriegsverbrecher Scheungraber führend tätig ist, der Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V., in dem sich viele der an den Kriegsverbrechen in vielen Ländern Europas beteiligten Soldaten der Wehrmacht vereinigen, forderte von der VVN-BdA, sie solle ihn nicht in Verbindung mit der NS-Wehrmacht und ihren Kriegsverbrechern und Kriegsverbrechen nennen. Konkret ist der Soldatenverband als „(NS-)Gebirgsjäger“ und deren Treffen als „größtes Kriegsverbrechertreffen“ bezeichnet worden. Der Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V. wollte der VVN-BdA verbieten, auf die schwer belastete Vergangenheit des Kameradenkreises aufmerksam zu machen. Andernfalls drohen 250.000 Euro Geldstrafe bzw. 6 Monate Haft (für den Verantwortlichen Ulrich Sander). Die Klage ist umso alarmierender als besagter Traditionsverband von höchsten Stellen der deutschen Regierung Unterstützung bekommt. Das deutsche Verteidigungsministerium ruft Jahr für Jahr mit zu den Treffen der Gebirgstruppe auf (übrigens im Gegensatz zum



österreichischen Verteidigungsministerium, das den Soldaten die Teilnahme in Mittenwald untersagt). Das Verteidigungsministerium ist mit dem CSU-Staatssekretär Christian Schmidt in der Mitgliedschaft der Gebirgstruppe vertreten.

Ergänzend rufen wir noch in Erinnerung, dass italienische Gerichte über 20 Kriegsverbrecher, die in Italien 1943/44 Massaker an der Zivilbevölkerung angerichtet haben, zu Höchststrafen verurteilt haben. Besonders stark beachtet wurde, dass der Kassationshof in Rom zugunsten der Schadensersatzansprüche von NS-Zwangsarbeitern und Überlebenden aus griechischen und italienischen Opfergemeinden ein Urteil gefällt hat. Diese Urteile wurden in aller Welt begrüßt und als wichtiges Signal aufgenommen. Die VVN-BdA veröffentlichte dazu eine Presseerklärung, in der sie die Bestrafung der deutschen NS-Täter und Entschädigung der NS-Opfer aus Griechenland und Italien verlangte. Die Richter begründen ihre Urteile damit, dass das Immunitätsprinzip nicht bei schweren Verletzungen des Völkerrechts wie Kriegsverbrechen gelten könne und dass diese auch nach über 60 Jahren nicht verjährt seien.²

Eine von Merkel und Berlusconi unterstützte Klage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag soll das Urteil aus Rom aufheben. Auch auf andere Weise bekundet die Bundesregie-

rung ihre Unterstützung für die Täter - gegen die Opfer. Mittels Erklärungen des Verteidigungsministeriums verteidigt die Bundesregierung den völkisch-militaristischen Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V. gegen die Kritik, der Wehrmachtstradition anzuhängen und Kriegsverbrecher in ihren Reihen zu dulden. Gleichzeitig unterstützt die Bundesregierung weiterhin den Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V. In deutschen Medien wird der Kameradenkreis „Selbsthilfegruppe für Kriegsverbrecher“ genannt. Und diesen Kameradenkreis lässt das Bundesverteidigungsministerium immer wieder von Schuld freisprechen. Die deutsche Gebirgstruppe habe keine „verbrecherische Vergangenheit“, erklärt das Ministerium.

Und auch das könnte für Sie von Interesse sein: Der Rechtsanwalt des Kameradenkreises Gebirgstruppe e.V., Rainer Thesen aus Nürnberg, der den „Kameradenkreis“ in seiner Klage gegen die VVN-BdA vor Gericht vertritt, ist der selbe, der - zusammen mit zwei weiteren Anwälten - den NS-Kriegsverbrecher Josef Scheungraber im Münchener Prozess verteidigt.

Ein Erfolg in der Auseinandersetzung mit dem Kameradenkreis der Gebirgstruppe e.V. konnte in diesen Tagen allerdings seitens der VVN-BdA verbucht werden. Der Kameradenkreis zog seine Widerrufsklage gegen die VVN-BdA zurück und erklärte sie für „erledigt“. Bundessprecher Ulrich Sander darf namens der VVN-BdA nun wieder auf die NS-Vergangenheit des Kameradenkreises hinweisen und sagen, dass an den Treffen des Kameradenkreises auch Kriegsverbrecher teilnehmen. Der Prozesstermin gegen ihn und die VVN-BdA am 2. Dezember 2008 in Nürnberg wurde aufgehoben. Die Strafantrohung von 250.000 Euro oder 6 Monate Haft ist vom Tisch.

Die VVN-BdA dankt allen, die sich mit ihr und Ulrich Sander solidarisiert haben. Sie ruft auf, nun die Solidarität mit den NS-Opfern aus Italien und Griechenland zu verstärken.

1 Mehr zur Aussage von Falzano di Cortona unter: www.stattweb.de/baseportal/NewsDetail&db=News&Id=3852

2 www.sueddeutsche.de/politik/55/314949/text

„Und wenn Deutschland nicht zahlen soll, was dann? Wird es dann wenigstens die Täter bestrafen? Oder die in Italien Verurteilten nach Italien ausliefern? Auch das geschieht nicht. Ein einziger von Hunderten noch lebenden schwerbelasteten Gebirgsjägern, Wehrmachts- und SS-Soldaten steht derzeit in München vor Gericht. Was gar nicht nötig wäre, würde Deutschland nicht die italienischen Gerichte wie Einrichtungen einer Bananenrepublik behandeln. Denn jener Sepp Scheungraber aus Ottobrunn ist in Italien schon zu lebenslänglich verurteilt worden, - warum ihn also nicht ausliefern?“
Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-BdA

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten VVN-BdA e.V. Kontakt: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: (+49) 030-29 78 41 75 Telefax: (+49) 030-29 78 41 79 Oder über das Kontaktformular auf der Homepage der VVN/BdA <http://www.vvn-bda.de>

Spenden können auf das Konto der „VVN-BdA Bundesvereinigung“ überweisen werden. Wenn Spende für einen bestimmten Zweck (z.B. „Kampagne“ oder „Jugendarbeit“) gekennzeichnet werden sollen, kann dies unter „Verwendungszweck“ angegeben werden.
Postbank Frankfurt/Main BLZ 500 100 60 Konto-Nr. 543 773-600

„Ulrich Sander schildert Einzelfälle aus dem Bundeswehralltag. Insofern folgt er Bundesverteidigungsminister Volker Rühle, der hinter dem Bundeswehrskandal nur solche kennt. Unser Autor hat allerdings allzu viele Einzelfälle gefunden. Nun nicht mehr Rühle folgend hat er sich die Freiheit genommen, hinter diesen Einzelfällen Verbindendes zu sehen. Insbesondere hat er die Vorfälle in den Zusammenhang der Entwicklung der Bundeswehr und der Militärdoktrin der Generalität – vor allem nach 1989 – gestellt. ...

Wilhelminisches Kaiserreich und demokratisch verfasste Bundesrepublik scheinen wenig gemein zu haben, und

„Unser Autor hat allerdings allzu viele Einzelfälle gefunden.“ ... Wer Sander's Szenen einer Nähe liest, ist klar im Vorteil!



Ulrich Sander,
Sprecher der Vereinigung
der Verfolgten des Naziregimes/
Bund der Antifaschisten



Szenen einer Nähe - Vom großen Rechtsum in der Bundeswehr, Bonn 1998, Pahl-Rugenstein Verlag, ISBN 3-89144-258-0

ein neuer großer Waffengagn hat noch keine rechte Gestalt angenommen; in den Grundmelodien heutiger und damaliger Politstrategen klingt jedoch vieles seltsam gleichförmig. „Kerneuropa“ unter deutscher Führung, „ungehinderter Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“, Osterweiterung der EU und NATO, „Umrüstung (der Bundeswehr) zur Interventionsarmee“ das sind moderne Begriffe und Zielsetzungen, die ihre historischen Vorbilder und Ansprüche finden, die letztendlich in zwei Weltkriegen mündeten, die Deutschland ausgelöst hat. ...

Wir hoffen, das dieses Buch viele – vor allem junge – Menschen anregt, die Bundeswehr nicht rechts liegen zu lassen sich mit ihr als Demokraten und Antifaschisten auseinander zusetzen. Es wäre dringend erforderlich.“ (aus dem Vorwort)

Hoffen wir auch und empfehlen „Szenen einer Nähe“ jedem, der sich anschiekt diesem Staat seiner Geschichte, seiner Armee entgegen zutreten!

Anzeige

KAZ

Kommunistische Arbeiterzeitung Sondernummer
Dezember 2008 1,50 Euro

Krise - Der Wahnsinn uns seine Methode
Finanzkrise / fiktives Kapital

www.kaz-online.de

<p>erscheint vierteljährlich Einzelheft Euro 1,50 Jahresabo Euro 10,00 Tel/Fax: 0911-356913 e-mail: gruppeKAZ@aol.com</p>	<p>Redaktion der Kommunistischen Arbeiterzeitung Reichstraße 8 90408 Nürnberg</p>
--	---

Erklärung

der Teilnehmer am II. Treffen des Jugendaktionsausschuss

Notstand der Republik

Wir waren noch klein oder noch nicht mal geboren, als sich vor rund zwei Jahrzehnten die Welt grundlegend und grundsätzlich veränderte. Durch den Zusammenbruch der sozialistischen Länder konnte der Kapitalismus sich wieder über (fast) die gesamte Welt ausbreiten. Aber er erlebte keine zweite Blütezeit, das Ende des Kalten Krieges war nicht der Beginn des Friedens. Nein, der faulende Kapitalismus blühte nicht auf, im Gegenteil, er brachte Millionen Menschen Arbeitslosigkeit, Hunger und Wirtschaftskrisen, die heute drohen ihren vorläufigen Höhepunkt in eine Weltwirtschaftskrise zu erreichen. Nein, die Welt ist nicht friedlicher geworden, im Gegenteil, die Kriege sind mehr geworden und heute drohen die Verteilungskämpfe der Großmächte die Menschheit erneut in einen Weltkrieg zu stürzen.

Wir wurden geboren oder wuchsen auf in zwei grundsätzlich verschiedenen deutschen Staaten. Vor rund zwei Jahrzehnten annektierte der eine Staat, die BRD, den anderen, die DDR. Das hatte zur Folge, dass der Staat des westdeutschen Kapitals - bis dahin auf die Unterdrückung der eigenen Bevölkerung beschränkt - umgebaut wurde zur Unterdrückung eines ganzen angeschlossenen Landes. Das hatte zur Folge, dass dieses größer gewordenen Deutschland - bis dahin gespalten und unter der Kontrolle der Alliierten des 2. Weltkriegs - wieder offen seine Eroberungs- und Kriegspläne verfolgen kann. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Einigung Europas unter dem deutschen Militärstiefel.

Heute ist der Staat weitgehend umgebaut: Geheimdienste und Polizeien arbeiten verfassungswidrig zusammen, das BKA ist zur Geheimpolizei ausgebaut, aus dem Bundesgrenzschutz ist die paramilitärische Bundespolizei geworden, statt des Katastrophenschutzes gibt es einen militärischen Heimatschutz, dessen Kommandos in allen Regierungsebenen stationiert sind und sämtliche Hilfsorganisationen unter ihren Befehl zwingen. Dieser Staatsumbau geht einher mit der Entrechtung der Erwerbslosen, z.B. durch die Hartz-Gesetze, der Einschränkung von Grundrechte, z.B. durch die Zerschlagung des Versammlungsgesetzes, der Erfassung der gesamte Bevölkerung in Dateien und ihrer allumfassenden Überwachung. - Staat, Wirtschaft und Gesellschaft werden militarisiert und auf Krieg vorbereitet.

Aktuell ist geplant, mit einem Ermächtigungartikel einen Bundesminister zu autorisieren den Einsatz der Bundeswehr im Inland mit militärischen Mitteln zu befehlen. Dafür soll der Notstandsparagraf 35 des Grundgesetzes geändert werden. Die Herrschenden streben die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrat an, der anstelle von Regierung und Bundestag die Einsätze des Militärs im In- und Ausland koordiniert. Der Notstand ist zum Alltag geworden. Deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik.

Diese Entwicklung führte uns - Jugendliche aus verschiedenen Organisationen, Gewerkschaften und unorganisierte - vor anderthalb Jahren auf dem Jugendkongress – Notstand der Republik zusammen. Wir beschlossen, dieser Entwicklung unsern Widerstand entgegen zu stellen. Wir richteten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein, organisierten Demonstrationen, veranstalteten ein großes Aktivistentreffen und führten einen Aktionstag in zwölf Städten durch. Dieses Wochenende sind wir erneut zusammengekommen. Wir stellen fest: Der Notstand der Republik und die Kriegsgefahr haben sich verschärft. Wir stellen fest: Unser Widerstand war richtig und muss verstärkt werden. Wir stellen fest: Der Notstand der Republik ist nicht abstrakt, er sitzt z.B. in Form von Heimatschutzkommandos im Rathaus, er wirbt mit seinen Reservisten und Kriegsgerät auf öffentlichen Plätzen, er rekrutiert die Jugend in Schulen, Ausbildungsstätten und Arbeitsämtern für den Krieg, er zwingt die Millionen Mitglieder der Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr, er übt unter dem Deckmantel Katastrophenschutzübung in allen Teilen des Landes die Aufstandsbekämpfung und für den Krieg, seine Polizeien und Geheimdienste sitzen in diversen Zentren zusammen am Tisch.

Deswegen beschließen wir, ihn auch verstärkt da zu bekämpfen, wo er sichtbar wird. Die Büros der Bundeswehr in den Rathäusern sollen nicht länger unerkannt bleiben, das Kriegsgerät, mit denen die Reservisten auf dem Marktplatz stehen, soll auch die Handschrift des Widerstands tragen, die Soldaten in den Schulen, Werkstätten und Arbeitsämtern sollen nicht mehr ungestört ihr Kanonenfutter sammeln können usw..

Deswegen beschließen wir auch, die Bundestagswahl 2009 zu nutzen, die Einheitsfront zu stärken und vor Betrieben gegen den Notstand der Republik aufzutreten und unterstützen den Aktionsvorschlag des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD „Klassenkampf statt Wahlkampf – Nein zum Notstand der Republik“, weil wir der Überzeugung sind, dass die Aufklärung über den Notstand der Republik mit einer aufsehenderregenden Aktion gerade in der politischen Zeit des Wahlkampf, gerade vor den Großbetrieben gemacht werden muss. Insbesondere begrüßen wir, dass der Arbeits- und Koordinationsausschuss der Ersten Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik sich der Aktion angeschlossen hat, weil wir diese Zusammenarbeit im Kampf gegen den Notstand der Republik für unabdingbar notwendig halten.

Wie die Herrschenden den Notstand der Republik und die Kriegsgefahr auch verschärfen, wir stellen uns ihnen entgegen und wir werden sie früher oder später stoppen und wenn nötig ihre Herrschaft beenden. Die Zukunft gehört uns!

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Gegen den Notstand der Republik!

Freikorps als Lösung wiederentdeckt

Die im Jahre 2006 neugeschaffene Struktur des Heimatschutzes diente bisher in der Hauptsache dazu, die zivilen Hilfsorganisationen, wie z.B. DRK, Malteser und Freiwillige Feuerwehr bereits in Friedenszeiten unter die Führung der Bundeswehr zu bringen und gegen die eigene Bevölkerung auszurichten. Bisher befahl in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt ein hochrangiger Offizier als so genannter Beauftragter der Bundeswehr für zivil-militärische Zusammenarbeit 10 Reservisten. Zusätzlich hatte er die Aufgabe, die Zusammenarbeit mit den zivilen Hilfsorganisationen für den Katastrophenfall zu koordinieren.

Durch das neue Papier der Streitkräfte „Entscheidung Ende 2009“ wird deutlich, wohin die Reise geht. Das Ziel ist die Mobilmachung der Mitglieder der Reservistenverbände. Unter der Leitung des Streitkräfteunterstützungskommandos soll mit sechs regionalen Initiativen eine Piloterprobung durchgeführt und anschließend bewertet werden, um die weitere Form der Zusammenarbeit mit derartigen Initiativen zu entscheiden. Als ersten sollen dafür die Reservisten „erfasst werden, die sich im Rahmen von Maßnahmen zur Förderung militärischer Fähigkeiten aus- und weiterbilden wollen. Grundsätzlich muss sich der betroffene Personenkreis unabhängig von einer Beorderung schriftlich bereit erklären, im Bedarfsfall zur „Hilfeleistung im Innern“ einberufen zu werden.“

In der BRD gibt es etwa 8 Millionen Reservisten. Davon sind 130.000 im Reservistenverband der Bundeswehr organisiert. Das sind die militaristischsten Elemente, die regelmäßige Wehr- und Schießübungen abhalten, sich in den unterschiedlichsten Manövern militärisch ausrichten, Kinderlager für den Krieg aufbauen, Kontakt zur aktiven Truppe halten, versuchen Einfluss auf die zivilen Hilfsorganisationen zu gewinnen und den Orts- und Häuserkampf üben. Die 130.000 Reservisten sind in 1.600 Reservistenkameradschaften und Arbeitsgruppen untergliedert. Davon gehören etwa 14.000 dem Rang der Offiziere an, 32.000 sind Unteroffiziere und 65.000 Mannschaften.

In der Geschichte dieses Landes ist die Schaffung von solchen Parallelstrukturen zur regulären Armee nichts neues. So gab es zum Beispiel 1918 die Freikorps, die sich aus insgesamt etwa 400.000 freiwilligen, überwiegend militanten Männern zusammensetzten, die vom langjährigen Kriegsdienst geprägt waren und denen ein Leben außerhalb

des Militärs nicht zusagte. Die aus der Novemberrevolution hervorgegangene provisorische SPD-Regierung unterstützte und förderte die Bildung dieser konterrevolutionären Truppen, insbesondere nachdem sie feststellen musste, dass sie „ihre“ revolutionären Einheiten nicht im Griff hat und nur durch ein Bündnis mit der alten reaktionären Heeresleitung und mit militärischen Mitteln gegen die Revolution ankommt. Finanziert wurden die Freikorps von Staat, Konzernen und imperialistischen Organisationen. So bekamen sie zum Beispiel Gelder aus dem 500 Millionen schweren „Antibolschewistenfonds der deutschen Wirtschaft“, was dazu führte, dass sie einen relativ hohen Sold bezahlt bekamen. Im Jahre 1919 beteiligten sich die Freikorps in erheblichem Maße an der Niederschlagung der Novemberrevolution. Sie wurden zum Beispiel bei der Niederschlagung der Bremer Räterepublik und des Spartakusaufstands in Berlin sowie bei der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg eingesetzt.

Im Vergleich zu früher haben die Herrschenden jedoch dazu gelernt und die regionalen Initiativen in die aktiven Truppenteile integriert und setzen sie gemeinsam ein. Das unterscheidet sie von den Freikorps zu Beginn der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts und deren Mangel, unkontrolliert gewesen zu sein.

Durch diese Umstrukturierung gewinnt die Bundeswehr weiter an Einfluss auf zivile Bereiche und uns droht immer mehr, dass wir bei Streiks und Demonstrationen der Bundeswehr gegenüber stehen, wie damals die revolutionären Arbeiter den Freikorps gegenüberstanden. Durch die Ausweitung der aktiven Truppenteile können sie dann gleichzeitig die eigene Bevölkerung stillhalten und andere Völker angreifen.

Ringo



Bundeswehr-übungen gegen selbstsimulierte Demonstrationen

Verkauft, Verliehen und Verraten – Zeitarbeit auf dem Vormarsch

Zeitarbeitsfirmen sind keine schlimmeren Exemplare der Gattung „kapitalistisches Unternehmen“ und schon gar nichts Neues, auch wenn sich im Sprachgebrauch der Arbeiter die Bezeichnung „Sklavenhändler“ eingewöhnt hat. Auch hier ist von der Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft auszugehen: die menschliche Arbeitskraft ist eine Ware. Von derselben Sorte Ware wie Kuchen oder Autos, jedoch etwas ganz Besonderes. Nur die Ware „menschliche Arbeitskraft“ kann neue Werte schaffen, und diese Werte sind viel größer als das, was zur Erhaltung der Ware Arbeitskraft notwendig ist. Diesen Wert, der über den Wert der Erhaltung der Arbeitskraft hinaus geht, nennen manche Mehrwert, und diesen steckt sich der Kapitalist hübsch sauber seit mehr als 300 Jahren in die Tasche. Dass dies Einiges ist, sehen wir jeden Tag mit eigenen Augen.

Auch die Leiharbeiter verkaufen jeden Tag diese ihre Arbeitskraft, wie der Festarbeiter (mehr zu verkaufen als die Arbeitskraft haben beide nicht). Jedoch verkauft der Leiharbeiter seine Arbeitskraft an den Verleiher, der nichts weiter als ein Arbeitskraft Händler ist. Dieser verkauft sie weiter an die Kapitalisten der Industrie oder Dienstleistung, Baugewerbe oder Landwirtschaft. So schaltet sich zwischen das normale Lohnarbeitsverhältnis (Kapitalist beutete Lohnarbeiter aus) ein weiterer Kapitalist. Auch er will profitieren, nicht weil er besonders böse ist, sondern weil es muss, um als Kapitalist neben anderen Kapitalisten bestehen zu können.

Natürlich ist es nicht so, dass sich der Profit nun durch zwei teilt, sich beide Kapitalisten im Ausbeutungsprozess die Beute teilen. Nein, der Leiharbeiter bezahlt sogar dem Händler für das Verleihen seiner Arbeitskraft. Das geschieht dadurch, dass die Löhne, die die Arbeitskraft Händler bezahlen, katastrophal niedrig sind, bis zu 40 Prozent unter den Löhnen der Festarbeiter.

2003 kam nochmals zu einer massiven Verschlechterung der ohnehin prekären Situation der Zeitarbeiter (Leiharbeitsfirmen dürfen befristete Arbeitsverträge ausstellen und somit das Risiko einzsatzfreier Zeiten auf den Leiharbeiter abwälzen; Erlaubnis Leiharbeiter beliebig oft zu kündigen und einzustellen innerhalb von drei Monaten; Erlaubnis Leiharbeiter unbefristet an den gleichen Betrieb auszuleihen. So kann man zum „Stammarbeiter“ werden, ohne Beschäftigter des Betriebes zu sein, an den man verliehen wird).

Warum müssen überhaupt so viele Arbeiter ihre Arbeitskraft einem Arbeitskraft Händler verkaufen?

Im Jahr 1967 – als nach der Nachkriegskonjunktur zum ersten Mal eine kleine Wirtschaftskrise die Legende vom „Wirtschaftswunder“ erschütterte – wurde durch das Bundesverfassungsgericht das bis dahin bestehende Verbot der „Leiharbeit“ aufgehoben. 1972 wurde das entsprechende Gesetz erlassen („Arbeitnehmerüberlassungsgesetz“). Die Kapitalisten können auf diese Weise Schutzgesetze der Arbeiter umgehen und heuern und feuern, wie es gerade passt. Dadurch werden Rechts-

maßstäbe verschoben, die Gesetzgebung folgt der faktischen Entrechtung. Die niedrigen Löhne der Arbeiter der Arbeitskraft Händler üben auch noch Druck auf die Löhne aller Arbeiter aus. Die Hauptnutznießer sind also nicht die „Sklavenhändler“, sondern die großen Kapitalisten. ... Das alles ist überhaupt nichts Neues. Bereits zu Marx' Zeiten gab es Arbeitskraft Händler. Sie hießen „Gangmaster“ (dieses Wort entwickelte sich sprachgeschichtlich zum „Gängster“), sie bildeten mit den Arbeitern, die sie unter Vertrag hatten, die „Gangs“. Das „Gangsystem“ war insbesondere in England Mitte des 19. Jahrhunderts sehr verbreitet.

Quelle: „Leiharbeit“, Kommunistische Arbeiterzeitung, Nr. 306

Auch wenn der Kampf um bessere Bedingungen der Zeitarbeiter ein Wichtiger ist, zu fordern ist, die Verschlechterungen des Jahres 2003 wieder rückgängig zu machen – „Leiharbeit“ gehört gefälligst wieder verboten!

Ringo



Projektion am Kanzleramt in Berlin,
18. Dezember 2008,
Aktion der IQM

Sozialreport Zeitarbeit, IG-Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen, Berlin
März 2007

Die Zeitarbeitsbranche –
eine kritische Bestandsaufnahme

Die Zeitarbeitsbranche verzeichnet enorme Zuwachsraten, allein 32% Plus vermeldet die Statistik der Bundesagentur für Arbeit von 2005 auf 2006. Seit dem Jahr 2000 hat sich die Zahl der Beschäftigten auf Zeit auf 600.000 verdoppelt. Die Prognosen gehen davon aus, dass es in wenigen Jahren über 1.000.000 Zeitarbeiter geben wird. Im Juni 2006 gab es bundesweit knapp 600.000 Zeitarbeitnehmer, gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs um ein Drittel. In unserem IG Metall-Bezirk wuchs deren Zahl noch schneller: um 40,5% auf 17.421 in Sachsen und um 42,5% auf 26.988 Zeitarbeitnehmer in Berlin und Brandenburg. Ihre Bezahlung liegt bis zu 40% unter dem Niveau der Flächentarife.

Welche Spuren hat die Deregulierung des Überlassungsrechts bei den Beschäftigten und in den Betrieben hinterlassen? Wie hat sich besonders seit 2004 die Lage auf dem Arbeitsmarkt entwickelt? Welche Wirkung hat die Zeitarbeit auf die künftige Personalpolitik in den Betrieben? Was hat vor allem die Politik mit ihrer Flexibilisierung am Arbeitsmarkt erreicht – oder besser gesagt angerichtet?

Was zunächst zur Abdeckung von Auftragspitzen dienen sollte, breitet sich inzwischen auf dem Feld der Personalbeschaffung wie ein unkontrolliertes neues Virus aus. Leiharbeit deckt keineswegs nur noch Auftragschwankungen ab. Stattdessen werden ganze Belegschaften systematisch und regelmäßig ausgetauscht. War früher die Ausleihdauer der Kräfte im Kundenbetrieb noch begrenzt, ist diese Frist jetzt praktisch abgeschafft. Die IG Metall will aber verhindern, dass reguläre Arbeitsplätze durch Zeitarbeit vernichtet werden.

Mit der Reform hatten Gewerkschaften und Staat die Hoffnung verbunden, dass neue Arbeitsplätze entstehen – bei den Verleihern selbst und im Idealfall auch bei den Entleihern, etwa im Anschluss an einen Einsatz. Wohl auch deshalb halten sich hartnäckig die Gerüchte, dass rund ein Drittel aller Leiharbeiter nach einiger Zeit durch den entleihenden Betrieb übernommen werden (der so genannte „Klebeffekt“). Doch nicht eine einzige Statistik belegt dies. Im Gegenteil: Die Bundesregierung schreibt in ihrem 10. Bericht zur Arbeitnehmerüberlassung schon im Jahr 2005:

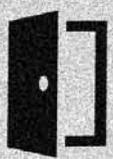
„... Vielfach wird Leiharbeit (...) genutzt, um mögliche neue Stammarbeitskräfte während des Einsatzes als Leiharbeiter unverbindlich zu testen. Betrachtet man den nominalen Zuwachs in der Leiharbeit, ist auch zu berücksichtigen, dass es sich nicht immer um zusätzliche neue Arbeitsplätze handelt. Besonders bei Großbetrieben sind Tendenzen erkennbar, Stammpersonal durch Leiharbeiter zu substituieren. Zum Teil werden Mitarbeiter entlassen, um sie über hauseigene Verleihfirmen zumeist zu ungünstigeren Tarifbedingungen in den alten Betrieb zurück zu entleihen. Zum Teil werden aber auch ganze Teile der Produktion auf Fremdfirmen verlagert, die entsprechenden Mitarbeiter jedoch zuvor an diese Fremdfirmen verliehen, um dort die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln. Anschließend wird der vormalige Entleihbetrieb als Subunternehmen tätig.“

In Wirklichkeit gehen Experten davon aus, dass maximal 15 Prozent der Leiharbeiter im Anschluss übernommen werden. Also hat nur etwa jeder siebte eine Chance auf einen regulären Job, und dies auch nur befristet.

Frankfurter Rundschau, 19.12.2008:

Leiharbeit als Rutsche nach unten
Industriegewerkschaft Metall warnt vor verstärktem Missbrauch in der Wirtschaftskrise BERLIN. Die IG Metall verstärkt in der wirtschaftlichen Talfahrt ihre Proteste gegen einen Missbrauch der Leiharbeit. „So schnell die Leiharbeit zum Jobwunder erklärt wurde, so schnell verschwinden die Arbeitsplätze in der Krise“, erklärte der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Detlef Wetzel in Berlin. Leiharbeit sei keine Brücke in die den Arbeitsmarkt, sondern „eine Rutsche in die Arbeitslosigkeit“. In einer Lichtprojektion auf das Kanzleramt prangerte die IG Metall am gestrigen Abend die Koalitionshaltung mit einem meterhohen Schriftzug an: In ungewöhnlichen Zeiten müsse man ungewöhnliche Wege des Protestes gehen, rechtfertigte Wetzel die Aktion.

Im Visier der Gewerkschaften steht die von der rot-grünen Koalition 2004 auf den Weg gebrachte Deregulierung der Arbeitnehmerüberlassung. Diese müsse korrigiert werden, forderte Wetzel. Damals strich der Gesetzgeber sowohl das Synchronisationsverbot als auch die Überlassungshöchstdauer. Ersteres hatte bis dahin Verleiher untersagt, Personen nur für die Dauer ihres Einsatzes in einem Betrieb einzustellen. Zudem galt bis 2004 eine zeitliche Grenze für Leiharbeitsverhältnisse, die aber in mehreren Stufen von drei Monaten auf zwei Jahre angehoben worden war. Als Ausgleich für diese Liberalisierungen hatte Rot-Grün den Gleichbehandlungsgrundsatz festgeschrieben, der Leiharbeitern im Prinzip eine gleiche Bezahlung (Equal Pay) wie der Stammbesellschaft garantierte. Dieser Anspruch wurde jedoch unter einen Tarifvorbehalt gestellt: Gibt es einen Tarifvertrag für die Zeitarbeiter, richtet sich deren Bezahlung nach dieser Vereinbarung. Die Drohung mit Equal Pay sollte den Gewerkschaften eine gute Ausgangsposition verschaffen, lief aber ins Leere. Denn die Arbeitnehmerverbände machten sich gegenseitig Konkurrenz. Christliche Gewerkschaften begannen eigene Tarifverträge abzuschließen und setzen so den Deutschen Gewerkschaftsbund unter Druck, zu niedrigeren Konditionen als gewünscht abzuschließen. ...



*„Aus meiner
halben Stelle ist
jetzt ein ganzer
Job geworden.“*

Ellen Kästner (23)
Friseurin aus Frankfurt/Oder



**2,75 BRANDENBURG
EUROSTUNDE
3,05 SACHSEN-ANHALT
EUROSTUNDE
3,06 SACHSEN
EUROSTUNDE
3,18 THÜRINGEN
EUROSTUNDE
3,38 BERLIN
EUROSTUNDE
4,51 MECKLENBURG
EUROSTUNDE**

Mindestlöhne für Friseure laut Tarif nach Region/Land (Stand 06/08)
Quellen u. a. WSI-Tarifarchiv Hans Böckler Stiftung

Mit dem Abschluss der Ausbildung war Ellen Kästner erst mal ihren Job los. Aber sie hat sich nicht aufgegeben und ist wieder geschäftig. Die Große Koalition will den Arbeitsmarkt freizumachen und verbessern: durch mehr Investitionen und weniger Eingriffe in den Markt.

**In Erwägung, daß wir hungrig bleiben
wenn wir dulden, daß ihr uns besteht,
wollen wir mal feststell'n,
daß nur Fensterscheiben
uns vom Brote trennen, das uns fehlt.**

INITIATIVE 
Neue Soziale Marktwirtschaft
Bürgern, Unternehmen und Gewerkschaften eine verantwortliche Reformbewegung von
und Arbeitsplätze in Deutschland.